Morgenausgabe

Nr. 393 / A 198 — 47. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postzeitungs- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

*

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund". Ferner „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt", „Jugend-Vorwärts" und „Stadtbeilage".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend
23. August 1930

Groß-Berlin **10** Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenkasse Lindenstr. 3.

Die Aktion gegen Kartelle.

Riesenenquete des Reichswirtschaftsrats. — Aber keine Maßnahmen.

Das Reichskabinett beschloß in seiner gestrigen Sitzung die Absendung eines Briefes durch das Reichswirtschaftsministerium an den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, worin diesem bestimmte Aufträge zur Förderung der von der Reichsregierung in der neuen Kartellnotverordnung begonnenen Preissenkungsaktion erteilt werden. Die Aufträge lauten auf die Erstattung von Einzelgutachten und sind außerordentlich umfangreich.

Mit Genugtuung wird die Auffassung des Reichswirtschaftsrats von der Notwendigkeit baldiger Preissenkungen und sein Wille begrüßt, die Reichsregierung in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Der Reichswirtschaftsrat wird ersucht, mit zeitlichem und sachlichem Vorrang zunächst die Preisstellung innerhalb der Bauwirtschaft, besonders für Zement, Ziegelsteine, Linoleum, Tapeten und Flachglas zu behandeln, damit die hier beobachteten Unzuträglichkeiten ungesäumt behoben werden können.

Ferner bittet die Reichsregierung, die Preisverhältnisse in der Düngemittelwirtschaft zum Gegenstand eines Gutachtens zu machen und die Preisverhältnisse innerhalb der deutschen Kohlenwirtschaft einer Nachprüfung zu unterziehen, wobei dem Ostelbischen Braunkohlensyndikat besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden sei. Ebenso soll zu den Preisstellungen im Gesamtbereich der Eisenwirtschaft gutachtlich Stellung genommen werden.

Da innerhalb der genannten Wirtschaftsgruppen auch

dem nachgeordneten Handel Preisbindungen auferlegt

sind, sollen auch die Preisbindungen von Angehörigen in der nächsten Wirtschaftsstufe auf ihre volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit hin untersucht werden. Ferner ersucht die Reichsregierung, die bei Treibstoffen, Gummireifen und Büchern üblichen Bindungen späterer Stufen nachzuprüfen.

Für alle diese Untersuchungen bzw. zu erstattenden Gutachten soll der Vorschrift des § 3 der Notverordnung Genüge getan werden, wonach vor Maßnahmen der Reichsregierung die beteiligten Wirtschaftskreise gehört werden sollen. Das gilt besonders auch für den vom Reichswirtschaftsrat bereits gemachten Vorschlag, die Preisbindungen bei Lebensmittel-Markenartikel aufzuheben. Mit dieser Anhörung der Markenproduzenten von Lebensmitteln sollen auch Untersuchungen über andere Markenartikel des täglichen Bedarfs verbunden werden, deren Auswahl späterer Verabredung vorbehalten bleiben kann.

Ueber diese bestimmten Aufträge zu Einzeluntersuchungen hinaus wünschte das Reichskabinett nochmals die Erörterung der Frage, ob nicht

allgemeine Vorschriften hinsichtlich der Bindung weiterer Wirtschaftsstufen

zweckmäßig und möglich sind. Die Frage einer allgemeinen Regelung darf nach der Auffassung der Reichsregierung auch hinsichtlich der Preisbindungen bei Markenartikeln nicht aus dem Auge verloren werden.

Das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsernährungsministerium sollen dem Reichswirtschaftsrat kurze Sachdarstellungen zugehen lassen, die für die weiteren Arbeiten als Unterlage dienen können. Das Reichsinnenministerium ist beauftragt worden, im Benehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium die Höhe des in der Arzneitaxe festgesetzten Spezialitätenzuschlages zu überprüfen. Es heißt zum Schluß, daß die Reichsregierung besonderen Wert darauf legt, daß der Reichswirtschaftsrat seine Arbeiten mit größtmöglicher Beschleunigung zur Durchführung bringt.

Die Reichsregierung hat nach diesem Schreiben noch keine eigenen Maßnahmen zur Durchführung ihrer Notverordnung beschlossen. Sie bittet nur den Reichswirtschaftsrat um Gutachten, die die eventuelle Durchführung der Notverordnung vorbereiten sollen. Auch auf dem einzigen Gebiet, auf dem der Reichswirtschaftsrat bereits einen positiven Vorschlag gemacht hat, nämlich die Aufhebung der Markenpreisbindung bei Lebensmitteln, werden nur wieder weitere Gutachten verlangt, statt den ersten Beweis zu erbringen, daß es mit der Kartellaktion wirklich ernst sei.

Die Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Regierungsaktion wird auch dadurch nicht behoben, daß von dem Reichswirtschaftsrat eine ungeheure Fülle von Gutachten verlangt wird, und zwar offenbar Gutachten aus eigener Kenntnis bzw. Untersuchung der Dinge. Die größtmögliche Beschleunigung der Arbeiten des Reichswirtschaftsrates kann auch nicht durch die ausdrückliche Verpflichtung gefördert werden, daß die beteiligten Wirtschaftskreise vom Reichswirtschaftsrat nicht nur generell, sondern auch in solchen Fällen noch zu hören sind, in denen bereits ein Votum des Reichswirtschaftsrates vorliegt. Die Reichsregierung hat nicht einmal darauf verzichtet, vom Reichswirtschaftsrat wieder Entscheidungen theoretischer und grundsätzlicher Art zu verlangen, bei denen die Erzielung einstimmiger Voten unmöglich, das Abstimmungsverfahren überhaupt nicht unbedenklich ist.

Wenn die Reichsregierung ernsthaft einen baldigen Erfolg ihrer Aktion wünscht, so hätte sie zum mindesten den von den Einzelministerien zu liefernden Sachdarstellungen, die eigentlich die Grundlage der Notverordnung hätten bilden sollen, den Charakter einer Regierungsauffassung geben müssen.

Obwohl und vielleicht gerade weil die dem Reichswirtschaftsrat gegebenen Aufträge so umfangreich sind, zweifeln wir an einem baldigen Erfolge der ganzen Aktion.

Arbeitsbeschaffung als Wahlpropaganda

Die Regierung läßt die Werbetrommel rühren.

Die „Ankurbelung der Wirtschaft" gehört zu den meist abgenutzten Schlagworten der Regierung Brüning. Schon im Mai hat das Kabinett hoch und heilig versichert, daß mit der Beschaffung neuer Arbeit Ernst gemacht werden würde. Inzwischen ist ein volles Vierteljahr verstrichen, ohne daß die Regierung in den wichtigsten Monaten für Außenarbeiten ihre Versprechungen wahrgemacht hätte. Sie stand im Gegenteil der Zunahme der Arbeitslosigkeit gänzlich hilflos gegenüber.

Inzwischen sind die Reichstagswahlen, die das Urteil des Volkes über die Politik der jetzigen Regierung bringen sollen, in bedrohliche Nähe gerückt und das Kabinett hat sich plötzlich auf seine im Mai gegebenen Versprechen besonnen.

Die neuen Aufträge, die jetzt von der Reichspost und Reichsbahn in einem Gesamtumfang von annähernd 500 Millionen Mark zum Teil herausgegeben sind, zum Teil noch erteilt werden sollen, werden daher von der regierungsfrommen Presse als eine große Tat des Kabinetts Brüning hingestellt. Das Fundament, auf dem diese Propaganda sich aufbaut, erscheint uns reichlich schwach. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die öffentlichen Riesenunternehmungen, wie Reichsbahn und Reichspost, in schweren Krisenzeiten durch Sonderaufträge eine weitere Verschärfung der Wirtschaftslage abbremsen. Die planmäßige Konjunkturpolitik der öffentlichen Hand ist eine alte Forderung der Gewerkschaften, der leider noch viel zu wenig Rechnung getragen wird. Im übrigen steht es noch keineswegs fest, daß durch die Bahn- und Postaufträge der Arbeitsmarkt um 250 000 Arbeitslose entlastet wird. Es muß vielmehr damit gerechnet werden, daß ein großer Teil dieser Aufträge mit den noch im Betrieb befindlichen Arbeitskräften durchgeführt wird. Unter diesen Umständen wird die Werbetrommel, die so aufdringlich für die Regierung Brüning gerührt wird, den Massen der Arbeitslosen ziemlich mißtönend in die Ohren klingen.

Schutz der Wahlfreiheit.

Beschluß des Ueberwachungsausschusses des Reichstags.

Im Ueberwachungsausschuß des Reichstages beantragten die Kommunisten am Freitag, durch die Reichsregierung die sofortige Aufhebung der Maßnahmen zu veranlassen, die geeignet sind, die uneingeschränkte Wahlfreiheit zu behindern, wie die Verbote der bayerischen Regierung gegenüber den Kommunisten und der Erlaß des preußischen Staatsministeriums, der den Beamten die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei verbietet. Der erste Teil des Antrages über den grundsätzlichen Schutz der Wahlfreiheit wurde angenommen. Dafür stimmten außer den Sozialdemokraten und den Kommunisten auch der Vertreter der Demokraten und ein Abgeordneter der Deutschnationalen. Der auf Bayern bezügliche Teil wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt, da sich der Vertreter der Demokraten der Stimme enthielt. Der gegen Preußen gerichtete Teil fand nur die Zustimmung der Kommunisten.

Die von der Reichsregierung nachgesuchte Genehmigung zur Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Schneller wurde nicht erteilt.

Palastrevolution bei Held.

Es gärt in der bayerischen Volkspartei.

München, 22. August. (Eigenbericht.)

In der bayerischen Volkspartei macht sich gegen den politischen Kurs der Regierung Held eine immer stärker werdende Opposition geltend. In einer Zuschrift an das „Bayerische Vaterland" beklagt sich ein dem Ministerpräsidenten treu ergebener Abgeordneter bitter über die Zustände in der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei. Man kann da folgendes lesen:

„In der Bayerischen Volkspartei ist leider nicht alles so, wie es sein sollte. Führer streitet gegen Führer. Der Kampf besteht in einem Geflüster von Mund zu Mund. Mißtrauen wird gesät. Dr. Helds größe Gegner sitzen weder in den Reihen der Bauernbündler noch der Sozialdemokratie, sie sitzen in den eigenen Reihen. Zu lange ist Herr Held Ministerpräsident, zu lange hat er den Herren, die gerne etwas werden möchten, den Weg versperrt. Vier Favoriten der Partei sind es besonders, die sich zusammengefunden haben und die auf eine Lösung hindrängen, die einen Sozialdemokraten in den bayerischen Sattel heben möchten."

Technik und Politik.

Zur Rede Albert Einsteins bei der Eröffnung der Funkausstellung.

Es liegt uns daran, uns vor aller Welt ausdrücklich und laut zu den Gedanken bekennen, denen der große Physiker Albert Einstein gestern bei der Eröffnung der Berliner Funkausstellung Ausdruck gegeben hat. Gerade in dieser Zeit, in der die Welt von den Reden eines vorlauten jungen Ministers und ihrem Echo widerhallt, in der ganz Frankreich von einer tiefen Enttäuschung ergriffen ist, weil es von den psychologischen Wirkungen der Räumung, die es erwartet hatte, nichts sieht, und in der die polnische Polizei alle Hände voll zu tun hat, um deutsche Konsulate vor den patriotischen Kundgebungen erhitzter polnischer Nationalisten zu schützen — gerade in dieser Zeit wirkt die Rede Einsteins als eine Tat. Es liegt uns daran, öffentlich zu bekunden, daß wir diese Tat billigen, daß wir uns ihrer freuen, und daß die große Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit ihr in jeder Beziehung einverstanden ist.

Einstein hat auf die engen Beziehungen zwischen Technik und Politik hingewiesen und gezeigt, daß es die Technik ist, die eine wahre Demokratie erst möglich macht. Das gilt in doppeltem Sinne. Denn einmal schafft die Technik erst den Apparat, ohne den eine moderne Demokratie, ja eine moderne Staatsverwaltung überhaupt nicht möglich ist. Zum anderen aber schafft sie auch erst den Staatsbürger, der ein bewußter Träger politischen Willens ist. Kultur hat es schon gegeben, solange es keinen Rotationsdruck, keinen Film, keine Schallplatte, keine drahtlose Klangübertragung gab, aber sie mußte auf eine dünne Oberschicht beschränkt bleiben. Die Technik hat diese Schranken durchstoßen, sie hat sozialistisch gewirkt, sie hat zwischen Besitzenden und Besitzlosen eine geistige Gütergemeinschaft ermöglicht. Von allen Mitteln der Herrschaft ist Wissen das wichtigste. Das hat gerade die deutsche Arbeiterschaft früh erkannt, und in ihrem Streben, die geistigen Fähigkeiten zum Herrschen zu gewinnen, ist ihr die Technik entgegengekommen. — Sie war die Befreierin, die die Ketten der Unwissenheit sprengen half.

Einstein hat dann besonders auf den Rundfunk und seine völkerverbindende Kraft hingewiesen. Hier ist ein Gebiet, auf dem noch große ungelöste Aufgaben liegen. Denn leider läßt sich nicht leugnen, daß der Rundfunk ebenso zum Instrument der Volksverhetzung gemacht werden kann wie zu einem Werkzeug der Völkerversöhnung. Das erste ist sogar leichter als das zweite, weil das gesprochene Wort des Rundfunks immer an die Sprachgrenzen stößt, die nur von der Musik hemmungslos überschritten werden. Einsteins Hoffnung auf den Rundfunk als ein Mittel, die Völker einander näher zu bringen, wird erst dann in Erfüllung gehen, wenn die herrschenden Mächte von demselben Gedanken erfüllt sind, wie dieser große Gelehrte und Friedensfreund. Man kann sich z. B. denken, daß eines Tages der französische oder der polnische Ministerpräsident aufgefordert werden, durch den Rundfunk zum deutschen Volke zu sprechen oder daß sich ein deutscher Staatsmann durch den Funk in Paris oder in Warschau vernehmen läßt. Die Uebertragung der Reden in der Sprache der Hörer ließe sich dabei ebenso bewerkstelligen, wie das sonst bei internationalen Verhandlungen geschieht.

Oder man kann sich vorstellen, daß der unmittelbare Eindruck volkstümlicher Massenerscheinungen in dem einen Lande durch Funkreportage den Bewohnern eines anderen vermittelt wird, daß der Friedenswille der Völker über alle Grenzen hinaus sichtbar und hörbar gemacht wird. Wenn nach Art. 148 der Verfassung der Schulunterricht im Geiste der Völkerversöhnung zu erteilen ist, so läßt sich dieser gesunde Gedanke zwanglos auch auf die allgemeine Volkserziehung ausdehnen, für die der Rundfunk eines der wichtigsten Mittel geworden ist.

Wie wäre es, wenn die deutsche Republik den Geistesspuren Einsteins folgend, die Initiative ergriffe zu Vereinbarungen über die Verwendung des Rundfunks als Mittel der Völkerverständigung? Wenn man zunächst einmal im luftigen Aethermeer — weil es auf festem Boden einstweilen doch noch gar zu schwer ist — den Anfang machte mit den Vereinigten Staaten von Europa?

Es sind die ewigen Menschenverächter und Pessimisten, die über Technik und Politik nicht sprechen können, ohne den Gedanken an einen kommenden Krieg, mit Bombenflugzeuggeschwadern, Giftgasangriffen und alles zermalmenden Tanks. Und freilich wird die Technik für die Politik stets das sein, was der Mensch aus ihr macht. Es läuft das alles schließlich auf die große Frage hinaus, ob die Menschheit imstande ist, sich

aus jenem Zustande prähistorischer Bestialität zu erheben, in den sie erst vor wenigen Jahren zum letzten Mal zurückgefallen war. Einstein glaubt es. Er glaubt, wie das alle wahrhaft großen Geister getan haben, an den Fortschritt der Menschheit und dies ist schließlich derselbe Glaube, auf dem auch unsere sozialistische Ueberzeugung beruht. Wahre Demokratie und gesicherter Weltfriede sind nur möglich durch die Kraft des Sozialismus. Einsteins Rede war eine gute Botschaft aus Deutschland an alle Welt. Eine gute Botschaft aus Deutschland an alle Welt wird es auch sein, wenn der Telegraph in der Nacht vom 14. September einen Sieg der Sozialdemokratie melden wird!

Galgenpropaganda der Nazis.

Freche Drohungen mit neuen Bombenattentaten.

Hannover, 22. August. (Eigenbericht.)

Die Nationalsozialisten setzen ihre üble Hetze fort. In einer am Donnerstagabend abgehaltenen Versammlung erklärte der Nationalsozialist Hilter, daß alle Gegner der Nazis nach dem 15. September aufgebaumelt würden, und zwar 10 Zentimeter über dem Erdboden. Ferner erklärte er, daß die im Gewerkschaftshaus gelegte Bombe wahrscheinlich noch nicht die letzte gewesen sei.

Im Anschluß an die Versammlung kam es zu Zusammenstößen. Aus der vor dem Versammlungslokal versammelten Menge wurden zwei Schüsse abgegeben. Man nimmt an, daß es sich um Schüsse nationalsozialistischer Provokateure handelt. Die Polizei mußte einschreiten und die Straße mit dem Gummiknüppel säubern.

Drei Reichsbannerleute schwer verletzt.

Versammlungstumult bei der Staatspartei.

München, 22. August.

Im Anschluß an eine von der Deutschen Staatspartei veranstalteten Wahlversammlung kam es zu einer wüsten Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und dem Saalschutz, der vom Reichsbanner gestellt worden war. Als Waffen dienten hauptsächlich Stühle und Krüge. Es entstand ein ungeheurer Tumult. Die Versammlungsbesucher verließen zum Teil fluchtartig den Saal. Insgesamt wurden, soweit bisher festgestellt werden konnte, drei Reichsbannerleute schwer verletzt. Der Tumult setzte sich auf der Straße fort. Das Ueberfallkommando säuberte die Straßen und nahm eine Anzahl von Personen fest.

Münchener Reichsbanner greift durch.

München, 22. August. (Eigenbericht.)

Die Hakenkreuzler versuchten am Donnerstagabend auch die zweite Versammlung der Staatspartei zu sprengen. Die Sprengung der ersten Versammlung war ihnen bereits vor wenigen Tagen geglückt. Am Donnerstag kamen sie aber an die unrechte Adresse. Auf Wunsch der Leitung der Staatspartei hatte das Reichsbanner den Saalschutz übernommen. Als der Versammlungsleiter jedoch zum Schluß der Kundgebung feststellte, daß sich niemand mehr zur Diskussion gemeldet habe, erhoben die zahlreichen anwesenden Nationalsozialisten und Kommunisten ein wüstes Gebrüll und warfen mit Bierkrügen und Stuhlbeinen wahllos in die Versammlung hinein. Das Reichsbanner setzte die Rowdys schleunigst an die frische Luft; auch die Polizei griff ein.

Der Saal war bereits geleert, als sich den Ordnungsmännern ein belustigender Anblick bot. Etwa ein Dutzend Hitlerstrolche hatten sich nach dem Vorbild ihres feigen Herrn und Meisters ängstlich unter die Tische verkrochen. Sie wurden von den Reichskameraden bei den Ohren herausgeholt und an die Luft befördert. Auf der Straße versuchten zusammengerattete Razihorden mehrmals, einzelngehende Reichsbannerleute zu überfallen, konnten aber von der Polizei vertrieben werden. Tags zuvor hatte ein als besonders feige bekannter Nationalsozialist im Stadtrat offen zur Sprengung gegnerischer Versammlungen aufgefordert.

Politische Ausschreitungen in Altona.

Ueberfall auf Buchladen.

Altona, 22. August.

Hier kam es gestern wieder zu politischen Zusammenstößen. Nach Mitteilung der Polizeipressestelle wurde am Nachmittag ein vor einer nationalsozialistischen Buchhandlung angebrachtes Plakat, das auf eine Wahlversammlung hinweist, von politisch Andersdenkenden, die in Stärke von etwa 20 Personen vor dem Laden standen, abgerissen. Während der Ladeninhaber diesen Vorfall kurz darauf in seinem im Nebenhause untergebrachten Parteibüro meldete, hatten sich die politischen Gegner von einer gegenüberliegenden Abbruchstelle Latten, Mauersteine und Feldsteine geholt und bewarfen den Buchladen. Eine Person wurde durch einen Steinwurf am Bein verletzt. Beim Erscheinen des Ueberfallkommandos stoben die Angreifer auseinander. Zwei Beteiligte sind festgenommen.

Zusammenrottungen in Dresden.

Angriffe auf die Polizei.

Dresden, 22. August.

Am Donnerstagabend sammelten sich hier, wie in den letzten Tagen schon wiederholt, zumeist aus Kommunisten bestehende Menschenmassen auf dem Altmarkt an. Ohne besonderen Anlaß fiel die Menge über die Beamten her, die sich ihrer Angreifer mit dem Gummiknüppel erwehrten. Ein größeres Polizeiaufgebot befreite die bedrängten Beamten und trieb die Ansammlungen mit dem Gummiknüppel auseinander. 21 Personen wurden festgenommen, darunter mehrere Haupträdelsführer.

Kommunistische Aufwiegler vor dem Arbeitsamt.

Chemnitz, 22. August.

Da sich vor dem Arbeitsamt die kommunistischen Aufwiegler immer wieder bemerkbar machen, ist zur Vermeidung von Zusammenstößen mit anderen Parteiangehörigen ein starkes Polizeiaufgebot vor dem Arbeitsamt postiert worden. Wiederholt wurden auch sozialdemokratische Flugblattverteiler in den Straßen von Kommunisten tätlich angegriffen, so daß die Polizei einschreiten und Ansammlungen zerstreuen mußte.

Das Urteil über Röntgental.

13 Angeklagte zu Gefängnis verurteilt.

Unter atemloser Spannung des vollbesetzten Schwurgerichtssaales verkündete Freitag nachmittag Landgerichtsdirektor Ohnesorge das Urteil des Schwurgerichts gegen die 18 angeklagten Nationalsozialisten, die an dem Röntgentaler Ueberfall auf das Reichsbanner am 5. März beteiligt waren. Von den Angeklagten wurden fünf freigesprochen und die übrigen 13 wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todeserfolg in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch verurteilt.

Von den Rädelsführern erhielten der Angeklagte Markwardt drei Jahre und sechs Monate Gefängnis und Köppner zwei Jahre Gefängnis. Die Angeklagten Heyn, Schwab, Wuttke und Unruh wurden zu je einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurteilt, die Angeklagten von Zittwitz, Schindler, Wiese, Kellermann zu je einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, der Obertertianer Schlenter zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis, der Schüler Renner zu einem Jahr Gefängnis, und der Lehrling Skusa zu neun Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Pankrath, Frank, Kukelinski, Mergelsberg und Pahl wurden freigesprochen.

Von den in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten wurden nur Schlenter und Pankrath entlassen. Dagegen wurde gegen Wiese, Kellermann, Heyn und Unruh Haftbefehl ausgesprochen. Sämtlichen Angeklagten wurde eine Bewährungsfrist mit Rücksicht auf die Schwere der Tat abgelehnt. Unter großen Vorsichtsmaßregeln waren die Zuhörer, bevor das Gericht erschien, in den Saal gelassen. Sie wurden auf der Straße von Polizeibeamten gründlich nach Waffen durchsucht und durften nur einzeln den Gerichtssaal betreten.

Die Begründung des Urteils.

In der Urteilsbegründung ging der Vorsitzende eingehend auf die Beweisaufnahme ein und schilderte den Sachverhalt der Röntgentaler Zwischenfälle, wie ihn der Prozeß ergeben habe. Er betonte dabei, daß das Gericht die Ansicht gewonnen habe, daß die angeklagten und verurteilten Nationalsozialisten planmäßig gegen das Lokal von Meißel vorgegangen seien, was das Gericht aus einer Reihe von Umständen entnommen habe. Das Gericht sei auch überzeugt, daß von den Nationalsozialisten auf die Reichsbannerleute mit dem Kommando:

„Achtung, Kanonen heraus, gebt Feuer!"

geschossen worden sei, denn dies habe neben den Reichsbannerzeugen auch ein unbeteiligter Zeuge ausgesagt, der drei scharfe Schüsse gehört habe.

Das Todesopfer der Schießerei, der Gärtner Kubow, sei auf der Flucht von hinten erschossen worden, und auch die Verletzten Seifert, Uhlich und Gebauer seien von hinten getroffen worden. Zu der Frage, wer von den Angeklagten die Schüsse abgegeben habe, sei festgestellt worden, daß Schlenter mit einer Schreckschußpistole geschossen habe. Es bestehe bei ihm der dringende Verdacht, daß er scharf geschossen habe, wenn es ihm auch nicht bewiesen werden konnte. Der Angeklagte Markwardt habe eine scharfgeladene Pistole mit sich geführt und auch geschossen und auch Schindler habe scharf geschossen und sogar in das Zimmer des Meißelschen Lokals hinein. Dringender Verdacht bestehe auch, daß der Angeklagte Wuttke geschossen habe, aber auch hier sei der Nachweis nicht gelungen. Die Verteidigung der Angeklagten, daß die Reichsbannermitglieder zuerst in der Bahnhofstraße geschossen hätten und sie selbst in Notwehr gehandelt hätten, sei unglaubwürdig, denn die Beweisaufnahme hätte das Gegenteil bewiesen. Gegen die angeblichen Angriffsabsichten der Reichsbannerleute spreche auch die Tatsache, daß diese sofort den Landjägermeister alarmiert und den Amtsvorsteher benachrichtigt hätten.

Der Vorsitzende ging dann auch noch auf das Verhalten der Angeklagten bei und nach der Tat ein und betonte, daß sie in der Hauptverhandlung die belastenden Aussagen in der Voruntersuchung abzuschwächen bemüht gewesen, so daß ihre Aussagen den

Eindruck der größten Unglaubwürdigkeit

gemacht hätten. Das aggressive Verhalten der Nationalsozialisten sei auch durch die damalige Erregung über den Fall Wessel im gewissen Sinne zu erklären, und Markwardt habe ausgesagt, daß er am Grabe Wessels die Totenwache gehalten habe. Das schlechte Gewissen der Angeklagten gehe aber daraus hervor, daß sie sich nach der Tat den Feststellungen entzogen und zum Teil mit falschen Alibibeweisen gearbeitet hätten. Daß die Reichsbannermitglieder nicht die Angreifer gewesen seien, gehe auch daraus hervor, daß sie, obwohl an Zahl und Körperkräften überlegen, geflüchtet seien, als die nationalsozialistischen Schüsse fielen, was sie kaum getan hätten, wenn sie selbst Waffen gehabt hätten. Die Angeklagten hätten also keineswegs in Notwehr gehandelt. Der Vorsitzende ging dann darauf ein, daß für vorsätzlichen Totschlag bei den Angeklagten Markwardt und Wuttke sich keine ausreichenden Beweise gezeigt hätten. Bei allen Angeklagten liege aber, soweit Verurteilung erfolgt sei, schwere Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, Raufhandel und Landfriedensbruch vor. Auch bei den jugendlichen Angeklagten Schlenter, Renner und Skusa sei die geistige und sittliche Reife vorhanden, so daß Strafausschließungsgründe nicht vorlägen. Zur Frage des Strafmaßes betonte Landgerichtsdirektor Ohnesorge die Notwendigkeit,

gegen das Ueberhandnehmen politischer Ueberfälle energisch vorzugehen,

weil sie eine ernste Gefahr für Beteiligte und Unbeteiligte bedeuteten. Der Richterspruch müsse neben allen Besserungsabsichten auch zur allgemeinen Wahrung und Achtung des Gesetzes und der Staatsgewalt beitragen. Das Gericht habe aber bei allen Angeklagten unter Berücksichtigung der Jugend und der Persönlichkeit des einzelnen mildernde Umstände zugebilligt. Bei dem jugendlichen Angeklagten Schlenter werde das Urteil vollstreckt, während bei Renner und Skusa die Entscheidung über Strafaussetzung vorbehalten bleibe. Berücksichtigt sei auch, daß alle Angeklagten Ueberzeugungstäter seien.

Mütter brechen zusammen.

Nach der Urteilsverkündung und Begründung durch Landgerichtsdirektor Ohnesorge spielten sich dramatische Szenen im Schwurgerichtssaal ab. Als die Angeklagten Wiese, Kellermann, Heyn und Unruh, gegen die wegen der Höhe der Strafen neue Haftbefehle ausgesprochen worden sind, abgeführt werden sollten, verfiel die Mutter Wieses, eines neunzehnjährigen Buchbinders, in Schreikrämpfe. Die Justizbeamten mußten sie gewaltsam von dem Angeklagten trennen, den sie nicht loslassen wollte. Auch Frau Skusa, die Mutter des jüngsten der Angeklagten, der neun Monate Gefängnis erhalten hat, erlitt einen Nervenzusammenbruch. Sie fiel vor dem Schwurgerichtssaal zu Boden, und ihre gellenden Schreie alarmierten das ganze Gebäude, so daß aus den Büroräumen die Angestellten und das Reinigungspersonal zusammenliefen. Beim Schluß der Verhandlung kam es auch zu einer Art von Demonstration im Gerichtssaal, da die im Zuhörerraum anwesenden Nationalsozialisten die Angeklagten mit Heil-Rufen und dem Hitler-Gruß zum Abschied begrüßten.

Die Justizwachtmeister, die zum Schluß der Sitzung auch noch Verstärkung durch Polizeibeamte erhalten hatten, gebaten jedoch Ruhe, so daß es zu keinen weiteren Zwischenfällen kam. Die Beamten sorgten auch dafür, daß der Zuhörerraum alsbald geleert wurde, und vor dem Neuen Gebäude des Moabiter Gerichts waren zahlreiche Schutzpolizisten postiert, die Ansammlungen nicht zuließen.

Politische Komödie.

Kommunisten in der Hakenkreuzlerversammlung.

Vor einigen Tagen erhielten wir dieses Schreiben als Einladung zu einer Hakenkreuzveranstaltung:

„Zu der Freitag, den 22. August, 8½ Uhr, in Kliems Festsälen, Berlin, Hasenheide, stattfindenden Kundgebung gegen die Wahl am 14. September laden wir Sie hiermit ein. Dies Schreiben gilt als Ausweis. Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten."

Wir haben der freundlichen Einladung Folge geleistet in der Erwartung, von Otto Straßer und Mossakowski zu hören, warum sich die echten Nazis nicht an der Wahl beteiligen dürfen. Aber wir wurden bitter enttäuscht! Mit Handzetteln, Plakaten und Ankündigungen jeder Art hatten die „revolutionären Nationalsozialisten" ihre Anhänger herbeizuführen gesucht. Herrn Göbbels und die Kommunisten hatten sie zur Diskussion eingeladen. Es wurde nichts daraus!

Die Versammlung begann und endete mit einer Geschäftsordnungsdebatte. Göbbels war vorsichtigerweise nicht erschienen. Ein Kommunist trat auf und fragte, ob die Versammlung damit einverstanden wäre, angesichts der anwesenden kommunistischen Mehrheit Kommunisten die Leitung zu übertragen. Der „revolutionäre" Hakenkreuzler Mossakowski, mit aus tiefster Kehle näselndem Temperament, erklärte: „Das ist ja keine revolutionäre Disziplin, das ist ja sozialdemokratische Methode." Die Kommunisten hielten aber an ihrer „sozialdemokratischen Methode" fest, und das Ergebnis war, daß die Versammelten mit allen gegen genau gezählte acht Stimmen für eine kommunistische Leitung der Kundgebung stimmten. Zwar erklärte der kommunistische Redner, daß er nach einem Referat seines Parteigenossen den sogenannten „revolutionären Nationalsozialisten" genügend Zeit zu einem Korreferat geben würde, die Herren zogen es indessen vor, den Saal zu verlassen. Aus der revolutionären nationalsozialistischen Versammlung war eine kommunistische Parteiversammlung geworden, bei der die bekannten Phrasen vorgetragen wurden, die unsere Leser kennen und deren Wiedergabe wir uns deshalb schenken können.

Tumulte am Hermannplatz.

Nachdem die revolutionären Nationalsozialisten noch ihrer mißglückten Versammlung ruhig abgezogen waren, rotteten sich die Kommunisten gegen 22 Uhr am Hermannplatz und in den umliegenden Straßen zusammen und provozierten die Polizei. Diese mußte mehrfach mit dem Gummiknüppel vorgehen, worauf die Kommunisten sich in die Nebenstraßen flüchteten.

Ein Teil von ihnen wurde auch in die Untergrundbahn am Hermannplatz getrieben, wo sie weiter die Polizei provozierten. Als die Polizei wiederum mit dem Gummiknüppel gegen sie vorging, flüchteten die Haupträdelsführer in einen abfahrenden Zug.

Die Polizei verhaftete zwei der Haupträdelsführer aus dem Zuge heraus und führte sie der Abteilung 1 A zu. Noch 1½ Stunden nach Schluß der Versammlung bietet der Hermannplatz ein sehr bewegtes Bild. Die Polizei geht jedoch gegen jede kleine Ansammlung scharf vor, um sich nicht größeren Angriffen auszusetzen.

Kommunistische Zersetzungsarbeit.

Propaganda in der Schutzpolizei.

Leipzig, 22. August.

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts unter Vorsitz des Reichsgerichtsrats Baumgarten hat am Freitag den Kassierer Alfred Bartsch aus Recklinghausen wegen Vorbereitung des Hochverrats zu einem Jahr und sechs Monaten Festung und Erstattung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

Bartsch, der der Unterbezirksleitung der Kommunistischen Partei Recklinghausen angehörte, hat Handzettel und Flugblätter „Die rote Schutzpofront" zur Verteilung gebracht, wobei er in der Nacht zum 8. März von der Polizei festgestellt wurde. Er hatte damals die Flugblätter über die Umfassungsmauer des Polizeipräsidiums Recklinghausen geworfen. In der Urteilsbegründung wird namentlich darauf hingewiesen, daß es sich um ein staatsgefährliches Unternehmen handele, durch das das Hauptbollwerk des Staates zersetzt und untergraben werden sollte. Es liege ein System der Zersetzungstätigkeit der Recklinghäuser Kommunisten vor, das verbreitete Flugblatt stelle eine Zersetzungsschrift ersten Ranges dar.

Dr. Curtius reist nach Genf. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wird Reichsaußenminister Dr. Curtius Deutschland auf der Genfer Ratstagung sowohl als auch auf der Völkerbundsversammlung vertreten. Ministerialdirektor Dr. Gaus wird ihn voraussichtlich begleiten.

Das Jachtunglück an der englischen Küste. An der Küste von Cornwallis sind die Leichen des beim Segelbootunglück ums Leben gekommenen konservativen Abgeordneten King und eines seiner Freunde gelandet worden. Die übrigen Ertrunkenen sind noch nicht aufgefunden.

Die Internationale zum Völkerbund.

Exekutivtagung in Zürich.

V. Sch. Zürich, 22. August. (Eigenbericht.)

Zu Beginn der Tagung der Exekutive der SAI., die am Freitag vormittag eröffnet wurde, ehrte der stellvertretende Vorsitzende de Brouckère das Andenken zweier führender Genossen der Internationale, die seit der Berliner Maitagung verstorben sind: des Oesterreichers Domes, eines der Schöpfer der Wiener Arbeiterkammer, und des Italieners Prampolini, der, wie de Brouckère betonte, in den letzten Jahren seines Lebens schwer gelitten habe, physisch unter einer grausamen Krankheit und seelisch angesichts des Schicksals der italienischen Arbeiterklasse. Aber er sei in Italien in einem Augenblick gestorben, wo sich die ersten Regungen für ein freies Italien im Volke selbst wieder bemerkbar machten. Die Exekutive machte sich sodann den Protestbrief de Brouckères in Sachen Rennis zu eigen, und Grimm kündigte eine parlamentarische Aktion der schweizerischen Partei an.

Die von einer Kommission ausgearbeiteten Vorschläge für die Regelung der Beiträge zur Internationale, die insbesondere wegen der starken Teuerung in der Schweiz notwendig geworden sind, wurden auf Grund eines Berichtes des Kassierers van Roosbroeck-Belgien debattelos und einstimmig angenommen.

Als erster politischer Punkt wurde der von de Brouckère erstattete Bericht der

Kommission für die Probleme des Völkerbundes

behandelt. Dieser Bericht bezieht sich auf eine ganze Reihe von technischen Reformvorschlägen und politischen Anträgen, die gegenwärtig im Völkerbund selbst zur Diskussion stehen und auf der bevorstehenden Jahresversammlung in Genf debattiert werden sollen. Dazu gehört nicht nur die Frage der besseren Ausnutzung des Völkerbundstatuts im Sinne der Friedenssicherung, der Angleichung des Völkerbundstatuts an den Kellog-Pakt und die Neugestaltung des Genfer Sekretariats, sondern auch das Europamemorandum Briands. Die Resolution nimmt zu den verschiedenen Problemen in noch nicht abschließender Form Stellung. Die einzelnen Mitglieder der sozialistischen Völkerbundkommission — Rudolf Breitscheid-Deutschland, Undén-Schweden und Bracke-Frankreich — werden bis zur nächsten Tagung Spezialberichte auszuarbeiten haben. Zu dem Briand-Memorandum äußert sich die Internationale ausführlicher, grundsätzlich zustimmend, namentlich bezüglich einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit aller europäischen Staaten, auch der Völkerbundmitglieder, das heißt Rußlands und der Türkei, warnt indessen vor Illusionen, zumal

solange die Demokratie nicht überall in Europa gesichert ist.

Die Resolution wendet sich auch gegen einen europäischen Wirtschaftsnationalismus und gegen die Bildung einer europäischen Sonderorganisation innerhalb des Völkerbundes. An de Brouckères Bericht schloß sich nur eine kurze Diskussion an, die vor allem von Wibaut-Holland, Gillies-England und Komoll (Deutsche Partei in Polen) bestritten wurde. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Dagegen gab ein Resolutionsentwurf Albardas-Holland über eine neue Aktion der Internationale anläßlich der Novembertagung der Genfer Abrüstungskommission Anlaß zu einem lebhaften Meinungsaustausch über die Zweckmäßigkeit einer solchen Abrüstungskampagne.

Englands Palästinapolitik.

Scharfe Kritik im Völkerbund.

London, 22. August. (Eigenbericht.)

Wie der „Daily Herald" erfährt, wird der Palästina-Bericht der Mandatskommission des Völkerbundes am Montag zusammen mit der britischen Gegenschrift veröffentlicht werden. Die Mandatskommission kritisiert sehr scharf die englische Palästina-Politik, der die Hauptschuld an den blutigen Unruhen 1929 zugeschoben wird. Die englische Antwort soll nicht minder scharf in der Zurückweisung dieser Kritik sein.

Kommunistenpleite in Rumänien.

Moskau sperrt die Gelder.

Bukarest, 22. August. (Eigenbericht.)

Die Kischinewer Polizei hat in dem Hause der seit langem bekannten Sowjetspionin Ida Goldmann Haussuchung abgehalten. In einer falschen Wand des Hauses wurden umfangreiche Schriften gefunden. In den Dokumenten standen heftige Vorwürfe an die Führer der kommunistischen Bewegung in Rumänien, die beschuldigt werden, zahlreiche Millionen Lei einkassiert zu haben, ohne daß es ihnen jedoch geglückt sei, revolutionäre Ideen in die breiten Massen der rumänischen Arbeiterschaft und Bauernschaft zu tragen. Es heißt in diesen Dokumenten, daß die kommunistische Bewegung in Rumänien lediglich einige wenige Individuen ohne jedweden Einfluß und Bedeutung erfaßt habe, die noch dazu schwer vorbestrafte Verbrecher seien, und die sich ohne jedwede ideelle Zugehörigkeit zur kommunistischen Sache einfach dem Kommunismus gegen bare Münze verkauft haben. Die Komintern bringt nun zur Kenntnis der rumänischen kommunistischen Bewegung, daß sie, um diese Beträge zu reduzieren, die für die Hervorrufung einer kommunistischen Propaganda in Rumänien nutzlos verschwendet wurden, die große Regionalorganisation in Rumänien aufhebe und nur noch ein einfaches kommunistisches Sekretariat in Rumänien erhalten wolle. Mit der Organisation dieses Sekretariates wurde Jurie Ganew betraut. Der Bukarester Sicherheitsbehörde gelang es nun, diesen Ganew zu verhaften, der beim Verhör gestand, daß tatsächlich die kommunistische Bewegung Rumäniens von der Komintern auf den Index gesetzt wurde, da die Komintern mit ihren Ergebnissen in Rumänien mehr als unzufrieden war. Aktenmäßig ist festgestellt, daß Moskau keinerlei Geldunterstützungen mehr der kommunistischen Bewegung in Rumänien zukommen lassen will, bis nicht die rumänischen Kommunisten mehr Beweise ihrer Tüchtigkeit erbracht haben.

Die Jagd nach Silber.

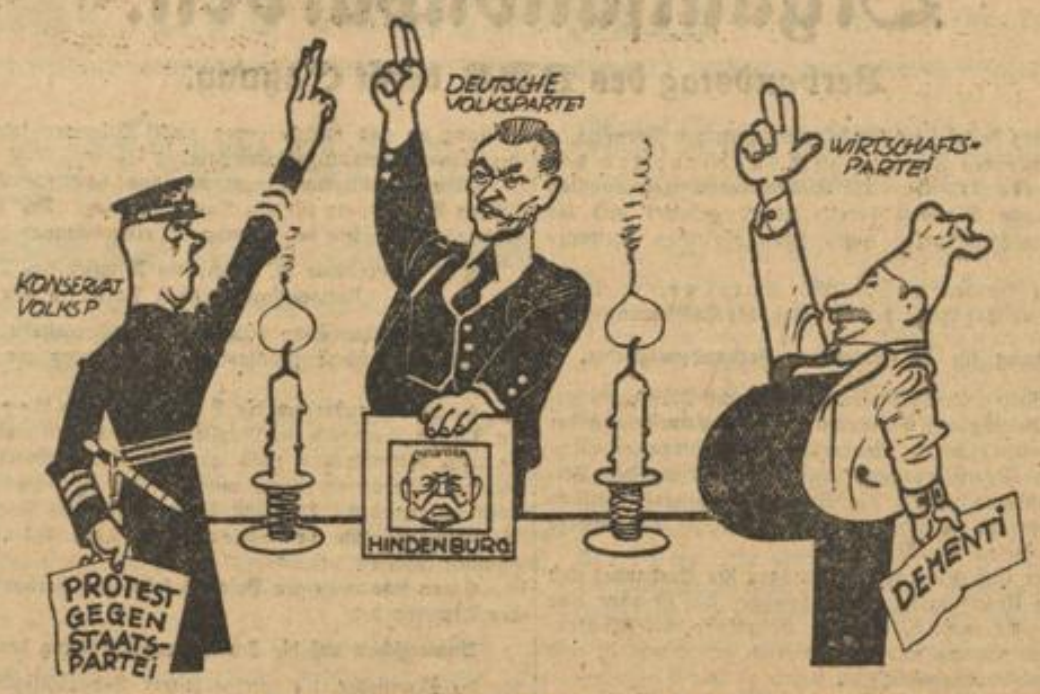
Sowjetangestellte und Geistliche verhaftet.

Kowno, 22. August.

Wie aus Moskau gemeldet wird, sind bei von der GPU. in Kiew bei Sowjetangestellten vorgenommenen Haussuchungen für nicht weniger als 30 000 Rubel Silbergeld gefunden worden. Die GPU. hat zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten sollen bald vor Gericht gestellt werden. Man glaubt, daß sie zum Tode verurteilt werden.

Wie aus Samara gemeldet wird, hat von der GPU. bei Geistlichen in der Stadt größere Mengen Silbergeld gefunden worden. In der Vorstadt Arbatow wurde bei einem Vorsteher der Kirchengemeinde ein Betrag von 1200 Rubel Silbergeld beschlagnahmt. Drei Geistliche sind verhaftet worden, da sie angeblich Kirchengeräte dazu benutzten, um das Silbergeld aufzubewahren. Das Silbergeld und die Kirchengeräte wurden beschlagnahmt, die Verhafteten werden dem Gericht übergeben.

Der Rütlischwur des Bürgertums.



„Wir wollen sein ein einig Volk von Hindenbürgern!"

Brünings „Spar"programm.

Attentat auf den Sozialetat.

Die Regierung Brüning hat sich durch Verordnung vom 26. Juli selbst die Ermächtigung gegeben, an den Reichsausgaben 100 Millionen zu sparen. Gleichzeitig hat sie versprochen, dem Reichstag unverzüglich mitzuteilen, wie sich diese Ersparnisse im einzelnen verteilen sollen.

Seitdem ist fast kein Monat vergangen, ohne daß die Versprechungen eingelöst worden wären. Auf allen möglichen Gebieten entfaltet die Regierung eine fieberhafte Tätigkeit. Die Minister reisen im Lande umher und reden um die Wette über alles Mögliche und Unmögliche. Man befaßt sich mit Plänen zur Finanz- und Wahlreform, nur über das, was im Augenblick zu geschehen hat, schweigt die Regierung in allen Tonarten. Das hat seine guten Gründe; denn von den Streichungen in Höhe von 100 Millionen sollen nur 15 Millionen auf den Wehretat, dagegen **rund 50 Millionen auf die Sozialausgaben** entfallen! Am Sozialetat beabsichtigt man insbesondere zu streichen:

10 Millionen Reichszuschüsse für die Wochenhilfe,
12,5 Millionen Entschädigung an die Reichspost für die Auszahlung der Sozialrenten und den Verkauf der Marken,
5 Millionen bei der Kleinrentnerfürsorge,
14 Millionen bei den Kapitalabfindungen der Kriegsbeschädigten,
1 Million für Kinderverschickungen aus den früher besetzten Gebieten.

Um das Ausmaß dieses Attentats auf den Sozialetat richtig würdigen zu können, muß daran erinnert werden, daß die Regierung Brüning bereits in ihrem Haushaltsplan 17 Millionen bei der Wochenhilfe und 20 Millionen bei der Bekämpfung der Volkskrankheiten durch die Invalidenversicherung gestrichen hat. Unter der Regierung Hermann Müller wurden für die Familienwochenhilfe 32 Millionen Mark ausgegeben. Die Regierung Brüning hat dafür nur noch knappe 6 Millionen übrig. Der Regierung Hermann Müller war es — zum ersten Male seit der Stabilisierung — gelungen, den Wehretat um fast 80 Millionen zu senken. Die Regierung Brüning hat die Stirn, die Ausgaben für Heer und Marine trotz größter Arbeitslosigkeit und schwerster Wirtschaftsnot wieder um 25 Millionen zu erhöhen.

Das alles ist jedoch nur ein Anfang. Geht die Regierung Brüning aus diesem Wahlkampf siegreich hervor, dann wird sie auch ihre anderen Pläne durchführen. Sie hat bereits durch die bekannte „Notverordnung" die

Zuschuß- und Darlehnspflicht des Reiches zur Arbeitslosenversicherung

auf die Hälfte begrenzt und bei der Arbeitslosenversicherung über 100 Millionen eingespart. Die andere Hälfte des Bedarfs muß die Versicherung künftig selbst durch Beitragserhöhung und Leistungsabbau decken. Inzwischen hat der Reichsfinanzminister Dietrich angekündigt, daß es das Ziel der Regierung Brüning ist, das Reich überhaupt von der Zuschußpflicht zur Arbeitslosenversicherung zu befreien. Das würde den Druck auf die Versicherung zu einem neuen Leistungsabbau größten Stils bedeuten.

Am 14. September hat das Volk darüber zu entscheiden, ob diese Pläne Wirklichkeit werden sollen, ob ein Notopfer nur von den Arbeitslosen, von den Kranken und von den Kleinrentnern verlangt werden soll oder ob in erster Linie die leistungsfähigen Schichten zu den Lasten der Wirtschaftskrise herangezogen werden sollen. Wer mit der Sozialdemokratie diese gerechte Verteilung der Lasten will, wählt am 14. September

Liste 1.

Demokraten machen in Prosperität.

Wirtschaftskrise und Wahlpropaganda.

New York, 21. August. (Eigenbericht.)

Der ehemalige demokratische Präsidentschaftskandidat, Exgouverneur Alfred Smith, beginnt wiederum aktiv an der Nationalpolitik teilzunehmen. Smith sagt den entscheidenden Sieg der Demokratischen Partei und damit die gesicherte Wiederkehr der nationalen Prosperität voraus. Der Exgouverneur, der viel zu klug ist, um an die Rückkehr der Prosperität durch einen demokratischen Wahlsieg zu glauben, wendet die gleichen Mittel an, die Hoover erfolgreich gegen ihn bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 1928 benutzt hatte. Die Wahlkampagne der Demokratischen Partei spielt den wirtschaftlichen Niedergang gegen Hoover aus und sucht die republikanische Mehrheit in ihrer eigenen Schlinge zu fangen.

Ausverkauf in Spanien.

Wegen der fallenden Währung.

Paris, 22. August. (Eigenbericht.)

Seit der Peseta immer mehr fällt, ist Nordspanien von Franzosen und Ausländern, die sich in normalen Zeiten aus dem schönen Biarritz nicht hätten herauslocken lassen, überflutet. San Sebastian hat seit Jahren keinen so starken Fremdenverkehr gehabt als in den letzten Tagen. Nur wenige Kilometer vom heimatlichen Markt entfernt kann man gewisse Sachen geradezu „geschenkt" bekommen. So wandern die Franzosen in langen Zügen nach Irum, um sich mit billigen Waren einzudecken. In den französischen Geschäften und vor allem in den großen Lebensmittelmagazinen macht sich bereits ein empfindlicher Rückgang der Geschäftseinnahmen geltend. Nichtsdestoweniger hält die Pariser Presse mit einer kleinen, allerdings äußerst liebenswürdigen Schadenfreude nicht zurück. Der „Paris Midi" schreibt z. B. am Freitag: „Ja, die Zeiten ändern sich. Die Franzosen erwidern den Spaniern jetzt die freundlichen Besuche, die sie vor drei Jahren selbst erhielten. Man kauft eben, wo man's billig kriegt . . ."

Woldemaras' Todesbataillon.

Er kommt ins Gefängnis. — Frau wird ausgewiesen.

Memel, 22. August.

Wie das „Memeler Dampfboot" aus Kowno erfährt, ist Woldemaras in Zusammenhang mit dem Anschlag auf den Direktor der Geheimpolizei, Rusteika, in seinem Verbannungsort unter verschärfte Bewachung gestellt worden und darf seine Wohnung nicht verlassen. Er wird in den nächsten Tagen nach einem noch unbestimmten Gefängnis gebracht werden. Frau Woldemaras, die Französin ist, wird aus Litauen ausgewiesen werden, da sie nicht seine gesetzlich angetraute Ehefrau ist und die litauische Staatsangehörigkeit nicht besitzt.

Aus der Voruntersuchung gegen die beiden verhafteten Studenten geht hervor, daß sie einer Geheimorganisation der Woldemaras-Anhänger angehörten, genannt „Todesbataillon", dem die Durchführung der Terrorakte oblag. Die Durchführung des Anschlags soll ihnen durch das Los zugefallen sein. Bei der Gegenüberstellung der beiden Täter machte der ehemalige Offiziersschüler Pupaleikis, der bei der Vernehmung äußerst gefaßt war, seinem Komplicen wegen des Mißlingens der Tat Vorwürfe und erklärte, daß sie beide infolge des feigen Versagens Baitkovicius in die Hände der Polizei gefallen seien. Während der eine behauptet, daß Rusteika nicht ermordet werden sollte, erklärte der andere, daß sie ihn ermorden wollten. Die Dolchstiche sowie der Schlag mit dem Revolver sollen von Pupaleikis herrühren. Baitkovicius sei als erster aus dem Zimmer gestürzt und habe dadurch die Aufmerksamkeit des Hotelpersonals auf sich gelenkt. Infolgedessen gelang es ihm auch, als erster zu entkommen, während Pupaleikis noch fünf Minuten im Zimmer blieb, um Rusteika zu töten. Baitkovicius hat bei seiner Flucht im ganzen neun Schüsse abgegeben, von denen drei einen Händler trafen. Der Zustand des verletzten Direktors Rusteika hat sich etwas gebessert.

Kowno wurde in der vergangenen Nacht von Militärpatrouillen durchstreift. Die Ueberwachung der Regierungsgebäude und der Wohnungen der Regierungsvertreter wird streng durchgeführt. Auf dem Hofe der Geheimpolizei, wo die beiden Täter bisher festgehalten wurden, sind zwei Panzerwagen aufgestellt. Der Staatsanwalt des Obersten Gerichtshofes, Kalvaitis, der nunmehr die Untersuchung weiterführt, erklärt einem Vertreter des in Kowno erscheinenden Echos, daß dem Direktor der Geheimpolizei während des Anschlages die Brieftasche, in der sich wichtige Dokumente und ein größerer Geldbetrag befanden, entwendet worden sei. Baitkovicius hat erklärt, daß er auf der Flucht die Brieftasche weggeworfen hätte.

Organisationsarbeit.

Verbandstag des DMV. berät Satzung.

Der Verbandstag beschäftigte sich in seiner gestrigen Vormittagssitzung mit den zahlreichen Anträgen, die Abänderungen des Verbandsstatuts forderten. Die Statutenberatungskommission hatte das vorliegende Material bereits genau gesichtet und die Möglichkeit der Durchführbarkeit eines jeden einzelnen Antrages eingehend geprüft.

Zur Beratung standen rund 300 Anträge, in denen gefordert wurde: eine Erhöhung der Beiträge, die Einführung einer

Heiratsunterstützung für die weiblichen Verbandsmitglieder,

die Erhöhung der Reise-, Erwerbslosen-, Streik- und Maßregelungsunterstützung, die Beseitigung, Einschränkung oder Erweiterung der Invalidenunterstützung bzw. die Aenderung der Uebergangsbestimmungen für diesen Unterstützungszweig, die Einführung der Verhältniswahl und anderes mehr. Die Statutenberatungskommission legte dem Verbandstag folgende schriftlich festgelegte einstimmige Stellungnahme zu diesen Anträgen vor:

Ein Ausbau der Unterstützungseinrichtungen des Verbandes und eine Erhöhung von Unterstützungen irgendwelcher Art ist ohne eine Beitragserhöhung nicht möglich, weil die Hauptkasse mit Kranken- und Arbeitslosenunterstützung stark in Anspruch genommen ist und weil die Notwendigkeit bestehen bleibt,

für große Kämpfe finanziell stark gerüstet zu sein.

Eine Beitragserhöhung hält die Kommission aber bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage und den ungewissen Aussichten der nächsten Zeit nicht für zeitgemäß und ratsam.

Andererseits ist die Kommission einmütig der Ansicht, daß keine Kürzung der bestehenden Unterstützungen erfolgen darf, insbesondere die im Jahre 1928 in Karlsruhe eingeführte Invalidenunterstützung in der beschlossenen Form bestehen bleiben muß. Die Schaffung einer freiwilligen höheren Beitragsklasse bedeutet gleichzeitig die Einführung höherer Unterstützungen. Solche sind nicht durchführbar.

Einige Anträge zu den Uebergangsbestimmungen der Invalidenunterstützung hält die Statutenberatungskommission zwar für berechtigt, aber auch in diesen Fällen warnt sie vor Aenderungen so lange, bis Erfahrungen über die Wirkung der Uebergangsbestimmungen vorliegen. Eine Zurückstellung der Anträge zu den Uebergangsbestimmungen kann um so eher erfolgen, weil Härten praktisch noch nicht in Betracht kommen und weil die Erfahrungen der nächsten Zeit eventuell in Verbesserungen sich auswirken können.

Die Anträge, die die Verhältniswahl betreffen, werden abgelehnt. Die Statutenberatungskommission hält dazu an dem Standpunkt fest, den frühere Verbandstage eingenommen haben.

Der Verbandstag stimmte den Vorschlägen der Statutenberatungskommission ausnahmslos zu. Zu den alten kommunistischen Ladenhütern, nämlich den Anträgen auf Einführung der Verhältniswahl, machte der Sekretär des Hauptvorstandes, Schliestedt, einige grundsätzliche Ausführungen, weil sich die kommunistischen Delegierten zu diesem Punkt wieder als „Hüter der Demokratie im Verbande" aufspielten. Schliestedt betonte, daß der kommunistische Vergleich mit dem Verhältniswahlsystem bei Parlamentswahlen hinkt. In den Staat werden die Menschen hineingeboren; sie können sich ihn nicht aussuchen. Einer Organisation braucht aber zwangsläufig nicht jeder Mensch angehören. Es besteht also gar keine Notwendigkeit, in einer Organisation, deren Mitglieder sich aus gleichgesinnten Menschen zusammensetzen, noch besondere Parteien zu bilden.

Die Einführung der Verhältniswahl im Metallarbeiterverband würde die Zerschlagung der Organisation bedeuten. Aus der Einzelberatung des Statuts ist besonders die Stellungnahme des Verbandstages zu einem Antrage bemerkenswert, der die Aufnahme einer statutarischen Bestimmung verlangte, wonach die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Arbeiterpartei oder einer ähnlichen Organisation unvereinbar sei mit der Mitgliedschaft im Deutschen Metallarbeiterverband. Der Verbandstag lehnte den Antrag in dieser Fassung ab und billigte gegen zwölf Stimmen folgenden Beschluß der Statutenberatungskommission:

„Die Statutenberatungskommission hält die Einfügung einer solchen Bestimmung für ein Ausnahmegesetz. Der Vorstand hat bis jetzt in allen Fällen den Standpunkt eingenommen,

daß es unvereinbar ist, gleichzeitig Mitglied des DMV. und der Nationalsozialistischen Partei zu sein.

Bei dem gesunden Sinn unter den Metallarbeitern ist anzunehmen, daß ohne besondere statutarische Bestimmung eine Lösung dieser Frage erfolgt.

Es besteht außerdem der Beschluß des Verbandstages in Kassel, wonach ein Mitglied ausgeschlossen werden kann, wenn es trotz Aufforderung nicht aus der Nationalsozialistischen Partei austritt. In diesem Sinne wurde seither verfahren und soll weiter gehandelt werden. Dies gilt übrigens für alle Angehörigen solcher Parteien, die sich arbeiterfeindliche Handlungen zuschulden kommen lassen."

Einen sehr wichtigen Beschluß faßte der Verbandstag hinsichtlich des Erwerbs der

Anwartschaft auf die Invalidenunterstützung des Verbandes

für die Mitglieder, die infolge langer Arbeitslosigkeit oder Berufsunfähigkeit nach den jetzigen statutarischen Bestimmungen nicht die Möglichkeit hatten, so lange zur Invalidenunterstützungskasse beizusteuern, bis sie einen Unterstützungsanspruch erworben hatten. An Stelle der bisherigen Uebergangsklasse wurde für diese Mitglieder **die Einführung einer Sonderklasse 3b** ebenfalls mit einem 40-Pf.-Wochenbeitrag beschlossen und der § 6 des Statuts dementsprechend abgeändert. Hinsichtlich der

Höhe des Invalidenbeitrages

ist die Statutenberatungskommission der Ansicht, daß alle ausgesteuerten und noch nicht bezugsberechtigten Mitglieder, also auch die Mitglieder der zweiten und dritten Beitragsklasse, den für die erste Beitragsklasse festgesetzten Invalidenbeitrag (30 Pf.) zu zahlen haben, wozu die F-Marke (10 Pf.) kommt.

Eine längere Debatte entstand über einen Antrag der Statutenberatungskommission, das Statut dahin zu ändern, daß bei der Wahl der Delegierten zum Verbandstag die örtlichen Vertreterversammlungen mit Zweidrittelmehrheit beschließen können, von der statutarisch vorgeschriebenen Urwahl Abstand zu nehmen. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 187 gegen 118 Stimmen angenommen. Die Anträge, die an Stelle der Dreiviertelmehrheit für einen Streikbeschluß die Zweidrittelmehrheit forderten, wurden abgelehnt.

Nach dieser an sich weniger interessanten, aber sehr wichtigen organisatorischen Kleinarbeit erstattete der Verbandsvorsitzende Genosse Reichel einen zusammenfassenden Bericht über den Internationalen Gewerkschaftskongreß in Stockholm, dessen Beschlüsse er unter Zustimmung der Delegierten ohne Einschränkungen gut hieß und als wichtige Bausteine der kommenden Zeit der sozialistischen Gesellschaft kennzeichnete.

Die Wahlen, die gestern vorgenommen wurden hatten folgendes Ergebnis: die bisherigen besoldeten Mitglieder des Verbandsvorstandes wurden gegen 7 kommunistische Stimmen wiedergewählt. Als ehrenamtliche Beisitzer mußten neue Mitglieder gewählt werden, da nach dem Statut dafür die Ortsverwaltung vorschlagsberechtigt ist, an deren Ort der Sitz der Hauptverwaltung ist. Gewählt wurden die Berliner Genossen: Erich Lübbe, Max Ring, Heinrich Baßmann, Max Simon, Franz Rooch, Erich Tunkowski, Max Aschenbrenner, Josef Rosner. Als Delegierte zum Internationalen Metallarbeiterkongreß in Kopenhagen wurden schließlich die Genossen Alwin Brandes, Georg Reichel, Fritz Kummer, Max Urich, sämtlich in Berlin, und die Genossen Wilhelm Heide-Nürnberg, J. Striefler-Hannover, Emil Scheck-Stuttgart, Paul Köhler-Königsberg und Paul Weh-Köln gewählt.

Gewerkschaftserfolg in Frankreich.

Niederlage der Kommunisten und der Reaktion.

Paris, 22. August. (Eigenbericht.)

Nach der Beilegung des Streiks in der Liller Textilindustrie ist am Donnerstagnachmittag auch im Liller Metallgewerbe eine Einigung erzielt worden. Unternehmer und Arbeiter der Metallindustrie kamen überein, einen Sachverständigen zu ernennen, der die Erhöhung der Lebenshaltungskosten zu überprüfen und dann zu bestimmen hat, inwiefern der Index eine Erhöhung der Lohntarife rechtfertigt. Beide Parteien verpflichten sich von vornherein, die Entscheidungen des Sachverständigen durchzuführen.

Der Textilstreik in Roubaix-Tourcoing scheint sich ebenfalls seinem Ende zu nähern. Obwohl die dortigen Unternehmer während des ganzen Konflikts äußerst unnachgiebig waren und ganz unter dem Einfluß Désiré Leys stehen, dem sie inzwischen wieder eine Vertrauensadresse bescherten, dürften sie den unermüdlichen Bemühungen des Arbeitsministeriums nicht mehr lange Widerstand leisten können, zumal sie selbst durch die Stillegung ihrer Betriebe einen empfindlichen materiellen Schaden erleiden. Gerüchtweise verlautet, daß bereits am Sonnabend ein Kompromiß zwischen beiden Parteien zustande kommen werde.

Im kommunistischen Lager hat die „Abwürgung" des Liller Streiks den üblichen Wutanfall hervorgerufen. Die „Humanité" phantasiert von einem „Dolchstoß in den Rücken der Arbeiterschaft", den die Sozialisten gemeinsam mit den Unternehmern ausgeführt hätten und fordert zur Weiterführung des Streiks auf. Die Kommunisten sind jedoch im Norden viel zu schwach und haben durch ihre unverantwortliche und unsinnige Taktik während des Streiks noch derart an Anhängerschaft eingebüßt, daß sie allein den Streik keinesfalls fortsetzen können und wohl schon am nächsten Montag gezwungen sein werden, in die Fabriken zurückzukehren.

*

Die Einigungsformel, die der französische Arbeitsminister gefunden hat, ist nicht nur ein Erfolg der Gewerkschaften, sondern die schlagende Widerlegung des Schwindels, mit dem Sozialreaktion und Kommunisten in durchaus nicht seltsamer noch seltener Harmonie hausieren gingen. Das führende Organ der französischen Sozialreaktion, der „Temps", der einen unglaublich verbissenen und rückständigen Feldzug gegen das Sozialversicherungsgesetz geführt hat und auch heute noch führt, berichtet über die Streikbewegung in Nordfrankreich und anderwärts unter der ständigen Rubrik: „Der Kampf gegen die Sozialversicherung". Aehnlich macht es die kommunistische „Humanité". Da der am Nachmittag erscheinende „Temps", früher ein ausgezeichnetes Informationsorgan, noch immer aus Tradition und Bequemlichkeit die Quelle für die Leitartikler und Journalisten der Pariser Morgenpresse ist, konnte zunächst der ungeheuerliche Betrug gelingen, die Arbeiter, besonders aber die Gewerkschaften als Gegner der Sozialversicherung hinzustellen und die Streikbewegung zur Durchsetzung höherer Löhne in einen Kampf gegen die Sozialversicherung umzufädeln.

Dabei muß man wissen, daß der jahrelange Kampf um die Sozialversicherung nur erfolgreich beendet werden konnte, weil die Gewerkschaften sich mit unermüdlicher Energie für sie einsetzten und bei den letzten Wahlen die Linksparteien — wozu die Kommunisten eben nicht gehören — auf die Durchführung der Sozialversicherung verpflichtet haben.

Die Formel des Arbeitsministers Laval sagt klar und deutlich, daß ein Unparteiischer auf Grund der Lebenshaltungskosten über die Erhöhung der Löhne einen bindenden Schiedsspruch fällen soll. Von den Beiträgen zur Sozialversicherung kein Wort.

Wohl versuchte das sogenannte Textilkonsortium durch die Rückzahlung der Beiträge in Form einer „Treueprämie" dem Kampf ein falsches Gesicht zu geben; wohl versuchten die Kommunisten nach den ersten Bewilligungen die Wiederaufnahme der Arbeit in den betreffenden Betrieben gewaltsam zu verhindern; wohl versuchen sie durch einige geheuerte Subjekte die Komödie der Zerreißung der Mitgliedsbücher zu inszenieren: vergebens!

Die Arbeiter haben um höhere Löhne und nur um höhere Löhne gekämpft. Wenn die Leute vom „Temps" und dem Textilkonsortium vielleicht die Hoffnung gehabt haben, mit dem Streik auch die Sozialversicherung abzuwürgen, so hat die Hartnäckigkeit der Streikenden — der Streik dauert teilweise seit einem Monat — diese Hoffnung zerstört, trotz der Entlastungsoffensive, die die Kommunisten zugunsten der Sozialreaktion unternahmen. Sozialreaktion und Kommunisten haben beide eine schwere moralische und materielle Niederlage erlitten. Wir stellen das mit Genugtuung fest.

3092 Angestellte gekündigt.

Mit Hilfe des Reichsarbeitsministers.

Gestern abend nahmen in den Germania-Sälen die AfA-Metall-Funktionäre abschließend zu dem Gehaltskonflikt in der Berliner Metallindustrie Stellung. Genosse Günther vom Butab schilderte noch einmal ausführlich die letzten Phasen der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium.

Besondere Empörung löste bei den Funktionären die Kennzeichnung der Doppelrolle des Reichsarbeitsministeriums aus, das in der entscheidenden Stunde seinen Erlaß über die Auftragsdrosselung für unsozial vorgehende Firmen glatt verleugnete. Das hinderte aber den bevollmächtigten Vertreter des Reichsarbeitsministers nicht, nach dem Scheitern der Verhandlungen ausgerechnet bei den AfA-Unterhändlern um gut Wetter bei der Berichterstattung über die Vorgänge in der Berliner Metallindustrie zu bitten. Kurz vor dem Auffliegen der Verhandlungen erklärten sich die Vertreter der AEG. und des Siemens-Konzerns bereit, von den in ihren Betrieben ausgesprochenen 2042 Kündigungen 1337 zurückzunehmen, dagegen 590 Angestellte auf der Strecke zu lassen, der Rest sollte entweder zwangspensioniert oder ins Arbeiterverhältnis übergeführt werden. Für diese teilweise Zurücknahme der Kündigungen sollten auf der anderen Seite aber 2000 Angestellte der Firmen AEG. und Siemens mit einem zehnprozentigen Gehaltsabbau belastet werden. Nach eingehenden Beratungen, insbesondere mit den gekündigten Angestellten, erschien den AfA-Gewerkschaften eine derartige Lösung des Konflikts nicht tragbar. Ganz abgesehen davon, daß ein eventuell abzuschließendes Abkommen nur fünf Monate lang Geltung haben sollte und der VBMI. ausdrücklich bemerkt hatte, daß für Januar 1931 weitere Kündigungen vorgesehen sind, falls die Wirtschaftslage sich nicht bessern sollte. Es blieb deshalb bei den von 106 VBMI.-Betrieben ausgesprochenen Kündigungen von insgesamt 3092 Angestellten, ohne daß für alle übrigen Angestellten der Berliner Metallindustrie Gehaltskürzungen eintreten.

Nach einer längeren Aussprache, in der übrigens die „oppositionellen" Redner gestern abend entdeckten, daß man „Kampfausschüsse" hätte wählen müssen, um den VBMI. „auf die Knie zu zwingen", wurde bis auf vereinzelte unentwegte „Revolutionäre" die Haltung der AfA-Gewerkschaften restlos gebilligt. Genosse Günther ließ allerdings in seinem Schlußwort keinen Zweifel darüber, daß sich das Organisationsverhältnis erheblich zugunsten der AfA-Verbände bessern muß, damit bei den Auseinandersetzungen im kommenden Frühjahr keine Rücksicht mehr auf irgendwelche Unorganisierten genommen werden braucht.

Gastwirtsgehilfen für Sozialdemokratie

Heiterkeitserfolg der Kommunisten.

Der Zweigverein Berlin im Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten hatte seine Delegierten zur Generalversammlung und die sonstigen Funktionäre zu Mittwoch vormittag nach dem „Hackeschen Hof" einberufen. Genossin Mathilde Wurm referierte über die Bedeutung des 14. September. Es kann hier nur angedeutet werden, daß unsere Genossin es in meisterhafter Weise verstand, besonders auch die zahlreich erschienenen weiblichen Funktionäre in ihren Bann zu ziehen. Die Veranlassung dazu bot das kürzlich verabschiedete Gaststättengesetz, bei dessen Beratung die bürgerlichen Parteien sich in ihrer reaktionären Reinheit gezeigt hatten.

Damit in dieser ernsten Zeit der Humor nicht fehle, schickte die zwei Mann starke kommunistische „Opposition" einen Redner vor, der sich zunächst damit „entschuldigte", daß er sich nur für Rußland interessiere! Er wurde von den nachfolgenden Rednern unter jubelnder Zustimmung der Versammlung gründlich abgeführt. Genossin Wurm gab dem jungen Mann von Moskaus Gnaden den guten Rat, zunächst einmal die elementarsten volkswirtschaftlichen Begriffe zu studieren, bevor er sich in die Oeffentlichkeit wage.

Die Versammlung hat bewiesen: **die gastwirtschaftlichen Angestellten stimmen geschlossen für Liste 1.**

Dampfmühle Deutsch-Krone hat stillgelegt.

Die Dampfmühlen-A.-G. Deutsch-Krone, deren Sanierung bereits mehrmals den Deutsch-Kroner Kreistag wie auch den Provinziallandtag beschäftigte, ist jetzt stillgelegt worden. Sämtliche Arbeiter wurden entlassen.

Krise der Bombayer Baumwollindustrie

London, 22. August.

Bisher haben bereits 19 Baumwollspinnereien mit einer Belegschaft von rund 50 000 Mann schließen müssen. Bis zum Ende des Monats rechnet man mit der Schließung einer ganzen Anzahl weiterer Betriebe und einer Steigerung der Arbeitslosigkeit in der Baumwollspinnerei auf mindestens 100 000 Personen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute: **Süden, Südwesten** trifft sich zur Zeltfahrt um 17½ Uhr am Görlitzer Bahnhof. — Die Anmeldungen für die Volksbühne (Jugendabteilung und Sonderabteilung) sind umgehend in der Zentrale (Gewerkschaftshaus, Engelufer 24–25) abzugeben. — **Achtung, Photoamateure!** Am Dienstag, dem 26. August, 19½ Uhr, Zusammenkunft im Sitzungssaal des Buchbinderverbandes, Gewerkschaftshaus, Engelufer 24–25, Hof, Aufgang C, Zimmer 68, 3 Treppen.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Sonnabend: **Spiel und Sport:** Ab 19 Uhr auf dem Sportplatz im Humboldthain.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. H. Pächer; Lokales und Sonstiges Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Hierzu 2 Beilagen.

Gegen Kopfschuppen und Haarausfall

verwenden Sie nicht dieses oder jenes, sondern verlangen Sie ein Mittel, das wissenschaftlich erprobt ist u. seit 50 Jahren unvergleichliche Erfolge zu verzeichnen hat:

Dr. DRALLE's Birkenwasser

Originalflasche RM 2.40 Doppelflasche RM 4.20

Andrées Leiche gefunden.

Nach 33 Jahren, im Eis eingefroren in der Nähe von Franz-Josef-Land.

Stockholm, 22. August.

Auf der Viktoria-Insel in der Nähe von Franz-Josefs-Land ist die Leiche des schwedischen Polarforschers Salomon August Andrée aufgefunden worden, der im Jahre 1897 versuchte, mit dem Luftballon von Spitzbergen aus den Nordpol zu erreichen und seitdem verschollen war. Ein norwegisches Fischerboot, das am Freitag nach Tromsö zurückgekehrt ist, brachte die Nachricht mit. Die Leiche des schwedischen Forschers ist im Eis gut erhalten geblieben; wahrscheinlich werden die Ueberreste sobald wie möglich nach Schweden übergeführt werden.

Oslo, 22. August.

Nach den letzten Berichten aus Tromsö handelt es sich bei der Insel, auf der Andrées Lager aufgefunden wurde, nicht um die zu Franz-Josefs-Land gehörende Insel dieses Namens, sondern **um die auch Gillisland genannte Weiße Insel, die einige Kilometer nördlich vom 80. Breitengrad zwischen Nordostspitzbergen und Franz-Josefs-Land liegt.** Das Schiff der norwegischen Expedition, die Andrée auffand, war nicht mit einer Funkeinrichtung versehen. Die Nachricht wurde von dem norwegischen Walfischfänger „Terningen", der die norwegische Expedition getroffen hatte, nach Tromsö gebracht. Der Kapitän der „Terningen" erklärt, daß nach seinen Mitteilungen **von dem Ballon Andrées keine Spuren gefunden wurden.** Die Expedition wird erst am 10. September in Tromsö erwartet.

Das Lager, in dem die Leiche des seit 1897 vermißten Nordpolforschers Andrée gefunden wurde, ist am 6. August von der von dem norwegischen Geologen Dr. Horn geleiteten arktischen Expedition an der Südwestküste von White Island entdeckt worden. **Das Lager befand sich etwa 150 Meter von der Küste entfernt.** Man fand ein Boot und einen Schlitten und in dem Boot die Ueberreste eines menschlichen Skeletts. Auch das Logbuch und einige Ausrüstungsgegenstände, die die Aufschrift „Andrées Polarexpedition 1897" trugen, wurden aufgefunden. Wenige Meter von dem Boot entfernt lag die Leiche Andrées, völlig im Eis eingefroren, aber nur von einer dünnen Eisschicht bedeckt. Sie war völlig bekleidet und gut erhalten. In den Taschen fand man Andrées Tagebuch und neben anderen Gegenständen auch einen Pedometer. Nicht weit von Andrée lag die gleichfalls **gut erhaltene Leiche eines zweiten Mitgliedes der Andréeschen Expedition,** die jedoch noch nicht mit Sicherheit identifiziert werden konnte. Das Lager war augenscheinlich von Eisbären heimgesucht worden, befand sich aber im großen und ganzen in gutem Zustand. Die Leichen und die gefundenen Ausrüstungsgegenstände werden an Bord eines norwegischen Robbenfängers gebracht, der Anfang September in Norwegen eintreffen dürfte.

*

Das Verschwinden des Polarforschers Andrée, der im Jahre 1897 mit zwei Begleitern (darunter ein Neffe des Dichters Strindberg) in einem Luftballon von Spitzbergen zur Erforschung des Nordpolargebietes aufgestiegen war, beschäftigte Jahre hindurch die Oeffentlichkeit. Schon mehrmals kamen Nachrichten, die von einer Auffindung der verunglückten Polarforscher wissen wollten; sie bewahrheiteten sich nicht. Ob es sich in diesem Falle wirklich um die Reste Andrées handelt, müssen erst die weiteren Nachrichten ergeben. Eine ganze Reihe von Rettungsexpeditionen, die, meist von Schweden ausgerüstet, sich auf die Suche nach Andrée und seinen Begleitern begeben hatten, kehrten erfolglos zurück. Das Schicksal der Andréeschen Expedition schien schon vor Jahrzehnten besiegelt und man rechnete nur mit der Möglichkeit, durch einen Zufall auf die tragischen Beweise von dem Ende der kühnen Ballaninsassen im Eise der Arktis zu stoßen. Dieser Zufall scheint, wenn die Nachrichten sich als richtig erweisen, jetzt eingetreten zu sein.

Acht Tote beim Flugzeugabsturz

Furchtbare Flugzeugkatastrophe in der Tschechoslowakei.

Prag, 22. August.

In der Nähe von Friedrichsdorf bei Iglau stürzte ein Flugzeug ab, das auf der Strecke Prag—Preßburg verkehrte. In dem Flugzeug befanden sich 13 Personen, von denen bei dem Absturz vier auf der Stelle getötet wurden. Von den schwerverletzten Personen sind kurz nach der Einlieferung in das Iglauer Krankenhaus vier weitere gestorben. Ferner sind zwei Passagiere schwer und einer leicht verletzt worden. Unter den Getöteten befindet sich der Ingenieur Bernhard Eimann aus Dresden. Das Flugzeug war vom Typ Ford und stand bei den tschechoslowakischen staatlichen Aerolinien seit Frühjahr v. J. in Dienst. Es konnte 14 Passagiere und zwei Mann Besatzung befördern. Das Flugzeug ist anscheinend in eine Gewitterzone geraten.

Aus Prag wird zu dem Unglück gemeldet:

Das Flugzeug geriet über Iglau in eine Gewitterzone. Infolge des unsichtigen Wetters wollte der Führer eine Notlandung vornehmen; hierbei streifte der eine Flugzeugflügel das Dach eines Holzschuppens. Das Flugzeug überschlug sich, wobei der Benzintank explodierte. Der Apparat war erst vor zwei Monaten für zwei Millionen Kronen von der Aero-Linie angekauft worden.

Der „waschechte Sammy".

Kautions- und Heiratsbetrüger festgenommen.

Im Dezember 1926 wurde in Berlin der damals 40 Jahre alte frühere Gastwirt Wilhelm Retz festgenommen, der in der Passauer Straße wohnte. Nicht weniger als 18 Anzeigen von Geschädigten lagen seinerzeit gegen ihn vor.

Während der Sommermonate hatte Retz Unterhandlungen mit Hotelbesitzern und anderen Wirten in Ostseebädern angeknüpft, bei denen es sich um die Verpachtung von Garderoben, Büfetts, Strandhallen usw. drehte. Obwohl er noch gar kein Verfügungsrecht über diese Pachtungen besaß, suchte Retz in Berlin Unterpächter und ließ sich von ihnen Kautionen zahlen. Die Pachtungen waren aber längst an andere Leute übergeben. Als die Betrogenen nach Berlin zurückkehrten und ihre Kautionen wiederhaben wollten, hielt Retz sie mit Versprechungen hin und zahlte nicht aus. Insgesamt hatte er mit seinem Schwindel 50 000 Mark an sich gebracht. Fast neun Monate saß der Festgenommene in Untersuchungshaft, dann wurde er wegen Krankheit entlassen. Sofort nahm er das alte Treiben wieder auf und schon nach kurzer Zeit hatte er wieder 35 000 M. Kautionen von gutgläubigen Leuten erbeutet. Da er eine erneute Festnahme und Inhaftierung befürchten mußte, und kaum damit rechnen konnte, daß man ihm seine angebliche Krankheit abermals glauben werde, so flüchtete er aus Deutschland und reiste mit gefälschten Papieren im Frühjahr 1928 nach Südamerika. Dort nannte er sich Johann Dürrenfeld. Seines Bleibens war aber nicht lange. Wieder unter falschem Namen, diesmal als Johannes Leitner, kehrte er nach Europa zurück und hielt sich in Holland, Frankreich und Dänemark auf. Dem Kautionsbetrug scheint er dort weniger nachgegangen zu sein, wohl aber dem Heiratsschwindel. Retz hatte sich in der Zwischenzeit zu einem waschechten Amerikaner umgewandelt und nannte sich jetzt „Sammy Kaiser". Dänemark schien ihm nicht mehr sicher genug, er begab sich nach der Tschechoslowakei und betrieb hier den Heiratsschwindel. Seinen Bräuten gegenüber spielte er den früheren Kavallerieoffizier und jetzigen Hotelier, der große Betriebe an der italienischen Riviera sein eigen nennen wollte. Leider waren die Pächter aber mit den Zahlungen so säumig, daß Sammy Kaiser seine Bräute um namhafte Summen anborgen mußte. Sie wurden ihm

Ungeklärter Tod einer Frau.

Verbrechen oder Unglücksfall? Leichenberaubung?

Ein ungeklärter Leichenfund an der Berlin—Hamburger Bahnstrecke, der schon im vergangenen Jahre die Mordkommission beschäftigt hat, ist jetzt zu einer neuen Untersuchung wieder aufgegriffen worden.

Am 3. Oktober v. J. wurde die 52 Jahre alte Frau Mathilde Krummnow, die zuletzt in Breddin wohnte, an der Berlin—Hamburger Bahnstrecke tot aufgefunden. Die Leiche lag unweit des Bahnkörpers zwischen den Stationen Neustadt/Dosse und Zernitz in einem Wassergraben. Besonders Verdacht erregend war die Stellung des Körpers. Ueber den Kopf war eine Strickjacke gestreift, der linke Arm stak noch im Aermel. Schwere Verletzungen wurden am Kopf, an den Armen und Beinen gefunden. Der rechte Arm und der rechte Daumen waren aus den Gelenken ausgekugelt. Von der Kriminalpolizei in Brandenburg a. d. Havel, die die erste Untersuchung führte und später von Kriminalkommissar Dräger vom Berliner Polizeipräsidium unterstützt wurde, wurden folgende Feststellungen getroffen: Frau Krummnow war am 2. Oktober, abends um 8¼ Uhr, vom Lehrter Bahnhof in Berlin abgefahren. Sie hatte eine große Tragekiepe bei sich, die sie mit ins Abteil nahm. Die Frau muß etwa zwei Stunden später aus dem Zuge gefallen sein oder sie wurde hinausgeworfen. Ihre Kiepe wurde in dem Abteil nicht gefunden. Erst vier Tage später entdeckten Beamte der Reichsbahn, die die Umgebung des Fundortes der Leiche absuchten, die Kiepe etwa 600 Meter von der Leiche entfernt in einem Versteck an einer Eisenbahnüberführung. Außer anderen Sachen lag in der Kiepe eine lederne Handtasche, die Frau K. umgeschnallt zu tragen pflegte und in der sie Geld und Papiere aufbewahrte. Sie muß etwa 60 bis 70 Mark bei sich gehabt haben. Das Geld und die Papiere waren verschwunden. Auf Grund des Ergebnisses der Nachforschungen kam man zunächst zu der Ansicht, daß Frau K. versehentlich aus dem Zuge gestürzt sei und daß später ein unbekannter Täter die Leiche beraubt habe.

Jetzt sind Gerüchte aufgetaucht, nach denen die Frau das Opfer eines Verbrechens geworden sein soll. Bei Bekannten der Frau, die in Brandenburg wohnen, wollen Verwandte eine Tasche gesehen haben, die der Frau K. gehört haben soll. Zur Nachprüfung dieser Gerüchte ist jetzt der Leiter der Mordinspektion, Kriminalrat Gennat, mit Beamten nach Brandenburg gefahren. Das Ergebnis der neuen Untersuchung steht noch aus.

SINCLAIR LEWIS

86]

DER ERWERB

ROMAN

Allein er hatte auch zu Bessie Kraker gesagt, „daß sie einen Fehler begehe," als sie sich entschlossen hatte, zu heiraten, und war so ganz überzeugt gewesen, daß Una nie mehr als fünfzehn Dollar wöchentlich „wert sein würde". Una war darüber ein wenig gekränkt gewesen. Obwohl Herr Roß sie erst in zwei Wochen bei Pemberton benötigte, teilte sie Herrn Wilkins mit, daß sie am kommenden Sonnabend sein Büro verlassen wolle.

Erst als Herr Wilkins bei seinen Versuchen, eine neue Bürokraft abzurichten, die eine Blaupause nicht von einer Spezifikation unterscheiden konnte, nervöse Verdauungsbeschwerden bekam, erst dann fiel es Una ein, daß er sein Teil hatte an dem ewigen Kampf zwischen schlechtbezahlten untüchtigen Arbeitgebern und schlechtbezahlten ehrgeizigen Angestellten. Es tat ihr leid, ihn so herumpfuschen zu sehen, und sie half ihm; sie blieb bis spät abends im Büro und unterwies ihre Nachfolgerin so gut sie konnte. Herr Wilkins atmete auf und hoffte, sie werde noch eine Woche bleiben; aber das konnte sie nicht. Sobald sie einmal wußte, daß sie diesem alten Bodenlappen entfliehen konnte, diesem Gespenst des Waschraums, und der rauhen Mattglasscheibe in der Teilungswand vor ihrem Schreibtisch, da vermochte keine Aussicht auf Gehalt sie zu locken. Jeder Augenblick hier war brennende Todesqual.

Es mag auch eine Spur von Ehrgeiz dahinter gesteckt haben. Aber im übrigen war die ganze Sache nur ein Mischmasch von kleinlichen Leuten und niedrigen Motiven — von Una und Wilkins und S. Herbert Roß und Bessies Nachfolgerin; von fünfzehn Dollar Wochenlohn und einer Welt, wo jeder versucht, jeden anderen zu täuschen; von unbestimmteren Gründen, Una gehen zu lassen, und gar keinen, zu bleiben; im großen ganzen ein Aufstieg von einem Bodenlappen zu einer glorifizierten Seifenfabrik, die den Zweck hatte, Herrn Pembertons Schwiegertöchter mit Automobilen zu versorgen.

Solange sie vom Zufall, mangelhaften Kenntnissen und dem Fehlen eines klaren Zieles beherrscht war, wie konnte Unas Welt da etwas anderes sein als ein Mischmasch?

2.

Sie konnte die zweiwöchige Frist zwischen dem Posten bei Wilkins und dem bei Pemberton nicht als Urlaub betrachten. Als sie von Wilkins Abschied genommen hatte und leise frohlockte: „Dies ist das letztemal, daß ich in diesem wackeligen Fahrstuhl hinunterfahre", hatte sie nebst ihren fünfzehn Dollar Gehalt einen Dollar und siebzehn Cents in der Sparkasse.

Mamie Magen verschaffte ihr die Möglichkeit, während dieser zwei Wochen bei Herzfeld u. Cohn eine neue Kartothek einzurichten.

Und so bekam Una eine Ahnung davon, was für eine beinahe schöne Sache „das Geschäft" eigentlich sein kann.

Herzfeld u. Cohn waren Juden, alte, weißbärtige orthodoxe Juden; das unpoetische Geschäft, das sie betrieben, war der Zwischenhandel mit Eisenbetten; und Una war insofern eine typische Vertreterin jenes New York, das von den Juden allmählich erobert wird, als sie unklare Vorurteile gegen die Rasse hegte, sie „gemein", „zudringlich", „geizig" und „unamerikanisch" nannte, und sie ausgeschlossen wissen wollte aus allen Aemtern, Berufen und Hotels.

Doch mit ihren vergnügten Aeuglein, ihren schnellen, fremdklingenden, vertraulichen Zurufen und Bewegungen, ihrem Lachen, das sich in den ungeheuren Bärten verlor, der Sitte, am Freitagnachmittag im Büro Kaffee zu trinken und Karten zu spielen, der aufrichtigen Ueberzeugung, daß sie als Chefs nicht allmächtige Herrscher, sondern einfach ältere Mitarbeiter seien — mit all diesen unamerikanischen, exzentrischen, patriarchalischen Anschauungen hatten Herzfeld u. Cohn ihr Büro zu einem abenteuerlich fröhlichen Betrieb gemacht. Andere Leute „in der Branche" rümpften die Nase über Herzfeld u. Cohns lächerliche Anschauungen von Disziplin; aber sie machten sich bezahlt, sowohl im Reingewinn, als auch in Sympathien. Beim Frühstück bereits hatte es Una eilig, wieder an die Arbeit zu kommen, obwohl Herzfeld u. Cohn nur ein ganz einfaches Büro in einem häßlichen Gebäude aus braunem Sandstein und eisernen korinthischen Säulen hatten, das einem altmodischen Postamt glich und typisch war für den ganzen Häuserblock dort in Church Street. Hier gab es soviel Freundlichkeit, wie sie Una in dem modernen, glasierten Ziegelpalast von Pemberton nie finden sollte.

3.

Jenseits von East River, gerade gegenüber von New York, ragen hinter den Bahnhofslagerplätzen und den Proletariermohnungen in Long Island City die milchweiß schimmernden Mauern der Pembertonfabrik empor, so wie eine Burg ein armseliges Dorf überragt. Die Fabrik ist das vollendete Symbol der modernen, wissenschaftlichen, zweckmäßigen Geschäftsinstitution . . . Bis auf ein einziges, winziges Detail vielleicht. König Pemberton und seine Söhne glauben nicht an all den Unsinn von Gewinnbeteiligung der Arbeiter, oder Minimallohn, oder Achtstundentag, oder Altersversorgung, oder irgendeines der anderen Steckenpferde, mit denen gefährliche Leute wie Herr Ford, der Automobilfabrikant, die faulsten Arbeiter zu dem Glauben ermutigen, daß sie ebensogut ein Recht darauf hätten, bis zur höchsten Spitze zu klimmen, wie die Leute, die Voraussicht und Ausdauer haben. Und wirklich mag Herr Pemberton ganz vernünftig urteilen. Er sagt, daß er die Löhne nach dem Wirtschaftsgesetz von Angebot und Nachfrage festsetze, statt nach sentimentalen Grundsätzen; und wie offenkundig er und seine Söhne im Recht sind, wird durch die Tatsache bestätigt, daß seine Fabrik eine der größten Bezugsquellen der Welt für Drogen und Patentmedizinen ist; die zweitgrößte Fabrik für Fruchtsäfte; für Gummi-, Zelluloid- und Lederwaren, die in allen Drogerien verkauft werden; und die drittgrößte Fabrik für Seifen und kosmetische Mittel. Man hat ausgerechnet, daß dreiundneunzig Millionen Frauen in allen Teilen der Welt ihre Haut, und daher auch ihre Seele, durch Anwendung von Pembertons Gesichtscrem und Schönheitswässern zerstört haben; und daß beinahe drei Zehntel alles Alkohols, der in Ländern mit Alkoholverbot konsumiert wird, von Pembertons die Spannkraft erhöhenden und blutbildenden Medizinen herstammt; insbesondere gibt es eine für Frauen, die von großen, bärtigen Farmern als außerordentlich schmackhaft und anregend gepriesen wird. Herr Pemberton ist der Napoleon patentierter Heilmittel und auch der Napoleon aller Präparate, die von den Aerzten verwendet werden, um die Wirkungen patentierter Heilmittel zu heilen. Er ist der Shakespeare der Erfrischungsgetränke und der Edison der Thermophore. Er beherrscht mehr als fünftausend Angestellte, und sein Name wird in goldenen Buchstaben verherrlicht in jeder Drogerie von Sandy Hook bis San Diego, in jeder Apotheke von Hongkong bis zu den Scilly-Inseln. Er ist der Allah der Neuzeit, und Herr S. Herbert Roß ist sein Prophet.

(Fortsetzung folgt.)

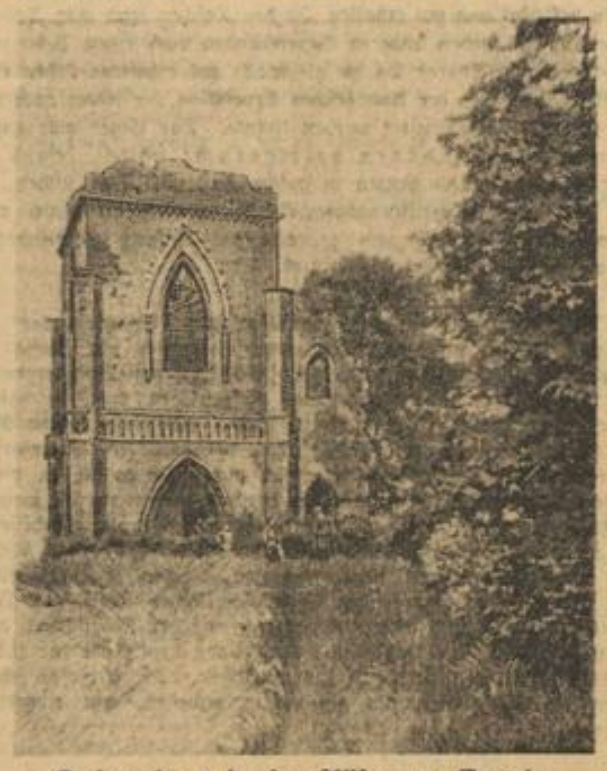
Wochenende in der Mark

Ausflüge in die weitere Umgebung

Westlich von Potsdam.

Das Havelgebiet ist so recht der Tummelplatz für Paddler, Segler und Motorfahrer, aber dank günstiger Bahn- und Postautoverbindungen ist auch den Landratten mancher Vorstoß in das im Westen und Norden — im Gegensatz zum Osten und Westen — mehr fruchtbare als waldreiche Land ohne allzu große Anstrengung möglich. Der hierher gehörige Teil der sogenannten „Umgehungsbahn", die Strecke Nauen—Wildpark, die diese bei Wustermark kreuzende Linie Berlin—Wustermark und die Linie Nauen—Ketzin erleichtern neben der Potsdamer Bahn den Zugang. Potsdam ist nun aber ein Zentrum ersten Ranges der Autoposten: nicht weniger als dreizehn Linien gehen von dort aus, von denen vier nach Norden und Westen führen. Rechnet man dazu die Postautoquerverbindung Ketzin—Wustermark, die in Falkenrehde mit der Autolinie Potsdam—Ketzin zusammentrifft, so ergibt sich die Möglichkeit, mit dem Besuch von Potsdam noch einen Ausflug in jenes vor seinen Toren liegende Stück der Mark zu machen, das in der Zeit, da Preußen noch klein war, eine Rolle spielte.

Das ausgehende 18. Jahrhundert war die Glanzzeit dieser Gegend, und zwar in ihren beiden Teilen in einem pikanten Gegensatz stehend: Marquardt war der Besitz jenes Bischofsmerder, der als Günstling des allzu lebenslustigen Friedrich Wilhelm II. diesen nicht nur in Charlottenburg, sondern auch in Marquardt Geisterbeschwörungen vorführte — und Paretz war der Landsitz Friedrich Wilhelms III., der seinem kleinbürgerlichen Wesen nach sich in Paretz besonders wohl fühlte, der niemals in Marquardt den Wagen halten ließ, wenn er sich nach Paretz begab. Marquardt und Paretz sind Stationen auf dem Wege von Potsdam nach Ketzin, dem bedeutendsten Orte dieser Gegend mit umfangreichen Baumschulanlagen. Dieser 23 Kilometer lange Weg — vom Postauto mehrmals am Tage befahren — bringt uns über Bornim nach Marquardt (10 Kilometer). Kurz vor Marquardt wird der Satrow-Paretzer Kanal überschritten, der den Bogen der Havel um Potsdam abschneidet. Ueber Paaren wird Falkenrehde erreicht, das schon Fontane „als eins jener lachenden Dörfer" bezeichnet, „deren die Mark, ganz im Gegensatz zu ihrem Ruf, so viele zählt". Bei 21 Kilometer ist Paretz erreicht, dessen Schloßgarten einst vom Hofgärtner David Garmatter, einem Erbpächtersohne der nahen Schweizer Kolonie Neu-Töplitz, angelegt wurde und eine „bescheidene Nachahmung der Gärten von Klein-Trianon in Frankreich" sein sollte. In Uebereinstimmung damit wurden kleine bauliche Anlagen, Tempel, Pavillons, Grotten angelegt, an denen seitdem der



Ruinenberg in der Nähe von Paretz

„Zahn der Zeit" reichlich genagt hat. — Von dem stillen Paretz zum lebhafteren Ketzin sind noch 2 Kilometer; der zur Rückkehr einladenden mehrfachen Verbindungen nach Potsdam, Wustermark und Nauen wurde bereits gedacht.

---

auch gern zur Verfügung gestellt. In den drei Fällen, die bisher von dort bekannt geworden sind, hat Netz, alias Sammy Kaiser, ebensogut „verdient" wie damals mit den Kautionen. Zur Erholung und zur Ausschau nach weiteren Opfern reiste er zuletzt nach Marienbad. Hier hatte er das Pech, eine der betrogenen Damen auf der Straße zu treffen, die ihn festnehmen ließ. Sie hatte inzwischen erfahren, daß an den schönen Märchen ihres „Zukünftigen" nicht ein wahres Wort war. Netz ist vorläufig dem tschechischen Gericht eingeliefert worden, wird sich aber noch in Berlin wegen seiner Gaunereien zu verantworten haben.

Selbstmord eines Polizeibeamten.

Drei weitere Tragödien der Lebensnot.

Gestern verübte der 53jährige Polizeimeister B. Selbstmord durch Erschießen. B. versah seinen Dienst auf dem 102. Polizeirevier in der Kreuzbergstraße 23. Neben anderen Funktionen unterstand ihm auch die Verwaltung der Gebührenkasse. Gestern erschien plötzlich eine Kontrolle und wollte eine Revision der Kasse vornehmen. Bevor es noch dazu kam, entfernte sich B. unter einem Vorwand und begab sich auf den Boden des Hauses. Aus seiner Dienstpistole brachte er sich hier einen tödlichen Schuß in die Schläfe bei. Die Kassenrevision ergab ein Manko von 114 Mark. Offenbar hat sich der Polizeimeister den an und für sich geringen Betrag aus der ihm anvertrauten Kasse entnommen und war bisher noch nicht in der Lage, das Geld wieder hinzuzulegen. Als er nun nicht ein noch aus wußte, griff er zur Waffe. Der Beamte hat erst kürzlich zum zweiten Male geheiratet.

*

Aus dem dritten Stockwerk des Hauses Albrechtstraße 115 in Steglitz sprang gestern abend die siebzehnjährige Hausangestellte Marie K. auf den Hof hinab. Das junge Mädchen war gegen 18 Uhr von ihrer Arbeitgeberin wegen eines geringfügigen Vergehens zur Rechenschaft gezogen worden. Offenbar sind dabei recht harte Worte gefallen, die sich das Mädchen gleich so zu Herzen nahm, daß es beschloß, aus dem Leben zu scheiden. Die Siebzehnjährige begab sich in ihre Kammer, öffnete das Fenster und sprang auf den Hof hinab. Mit schweren Verletzungen wurde die jugendliche Selbstmörderin in das Krankenhaus Unter den Eichen gebracht. Die Kriminalpolizei hat eine Untersuchung des traurigen Vorfalls eingeleitet.

Auf grauenhafte Weise verübte die 51jährige Frau Anna Wernicke in ihrer Wohnung in Pankow, Wollankstraße 1, Selbstmord. Sie übergoß ihre Kleider mit Spiritus und zündete sie dann an. Die Frau fand einen furchtbaren Verbrennungstod. Sie wurde von Angehörigen halb verkohlt aufgefunden. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Aus gleichfalls noch unbekannten Gründen erschoß sich gestern abend im Jagen 113 des Grimewaldforstes der achtzehnjährige Steinmetzlehrling Herbert Bormärker aus der Kavalierstraße 1 in Pankow.

Wer kennt die Tote?

Aus dem Landwehrkanal wurde vor dem Hause Kottbusser Ufer 52 die Leiche eines jungen Mädchens gelandet und nach dem Schauhause gebracht. Die Tote ist etwa 15 bis 20 Jahre alt, 1,60 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und trug ein hellblaues Kleid mit weißen Streifen, darunter eine schwarze Badehose mit rotem Gürtel, einen grünen Schlüpfer, hellbraune Strümpfe und schwarze Halbschuhe. Besondere Kennzeichen sind Narben am linken Knie und an der linken Wade. Mitteilungen zur Feststellung der Person werden an die Vermißtenzentrale des Polizeipräsidiums erbeten.

Kein Flugtag mehr in Johannisthal.

Ein Beschluß des Magistrats.

Der Streit um die Benutzung des alten Flugplatzes in Johannisthal hat jetzt zu einer klaren Entscheidung des Berliner Magistrats (die Stadt Berlin ist Eigentümerin des Geländes) geführt. Die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Flugplatzes Johannisthal hatte kürzlich einen Flugtag auf dem Flugplatz Johannisthal veranstaltet, während am gleichen Tage eine Flugveranstaltung auf dem Zentralflughafen in Tempelhof von der Flughafen-Gesellschaft angesetzt wurde. Der Magistrat hat nun beschlossen, derartige Konkurrenzveranstaltungen nicht zuzulassen. Der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Flugplatzes Johannisthal ist dieser Tage ein Schreiben des Bezirksamtes Treptow, Deputation für das Bauwesen, zugegangen, in dem mitgeteilt wird, daß die für den Monat September in Johannisthal beabsichtigten Flugveranstaltungen nicht durchgeführt werden dürfen. Die städtische Behörde erklärt, daß sie Anträgen auf Benutzung des Flugplatzes zu diesen Zwecken nicht mehr entsprechen könne.

Koenen läßt Münzenberg abtreten.

Mit großen Plakaten an den Berliner Anschlagsäulen waren die Gewerbetreibenden zu einer Versammlung nach den Musikersälen eingeladen. Einberufer der Versammlung war ein vollkommen unbekannter Ausschuß. Auf kleinen Handzetteln, die unter den Händlern vertrieben worden waren, war aber schon als Referent der kommunistische Abgeordnete Koenen genannt. Herr Koenen sprach dann auch in der „parteilosen" Versammlung. Ihm wurde recht hart zugesetzt, so daß er bald seine Manuskriptblätter durcheinanderbrachte. Er schimpfte im alten Phrasenstil gegen den Kapitalismus und streichelte die Gewerbetreibenden mit schönen Redensarten. Aber man verlangte stürmisch klare Antworten. So wurde gefragt, wieviel Kapital denn Münzenberg schon angesammelt habe. Und helles Gelächter quittierte die Antwort, daß Münzenberg nur ein kleines Angestelltengehalt habe. Pathetisch rief Koenen dann aus: Wenn das ZK. morgen beschlösse, daß an Stelle von Münzenberg Koenen die Leitung des Neuen Deutschen Verlages übernähme, dann muß Münzenberg eben abtreten! Aber auch die Frage, wie es den Gewerbetreibenden in Rußland gehe, sollte Koenen beantworten. Er sprach von Bevölkerungszunahme und vergaß die Antwort. Die Kommunisten hatten zwar eine Aussprache angesetzt, aber als Koenen merkte, daß ihm in der Diskussion einige Wahrheiten gesagt würden, zog er seine Ausführungen um Stunden in die Länge. Die Bolschewisten sollten nur noch einige solcher Versammlungen einberufen, das würde eine Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie unter den Gewerbetreibenden ersetzen.

Nazizellen in der Mitropa.

Von dem Betriebsrat der Mitropabetriebe wird uns zu den Vorfällen in den Passage-Bierhallen mitgeteilt, daß es in der Versammlung der Nationalsozialisten zu einer Schlägerei kam. Die Nationalsozialisten waren gegen die zur Versammlung erschienenen Sozialdemokraten sehr unduldsam und darauf verließen diese das Restaurant. Auf der Treppe wurden sie von anderen Nationalsozialisten angepöbelt. Polizeibeamte kamen hinzu und nahmen vier Nationalsozialisten fest.

Der ungeklärte Leichenfund im Landwehrkanal wird von einem Mittagsblatt mit sensationellen Verbrämungen aufgewärmt, unter Hinweis, daß neue Verdachtsmomente aufgetaucht seien. Die Mordkommission erklärt dazu, daß sich bisher kein neuer Fingerzeig ergeben habe und daß die Persönlichkeit des Toten noch nicht festgestellt ist.

Aermellos — Dirnenkleidung?

Wir berichteten letzthin über eine Lehrerin im Berliner Theresien-Lyzeum in der Schönhauser Allee, die den Kindern das Tragen von ärmellosen Kleidern verbietet und täglich abmißt, ob auch das Rockende das Knie der Schülerinnen erreicht.

Wir erhalten zu diesem Kapitel der Prüderie und Rückständigkeit die Zuschrift der Führerin einer kirchlich eingestellten Wandergruppe von zwanzigjährigen jungen Mädchen, der wir folgendes entnehmen: Man kam in eine kleine Stadt an der Mosel. Im Führer war das Kloster als sehenswert bezeichnet, zur Besichtigung ist aber außer der Entrichtung von einer Reichsmark noch die persönliche Erlaubnis des Leiters notwendig. Zusammen mit einem der jungen Mädchen wandte sich die Führerin an diesen Herrn. Unhöflich ließ er sie zehn Minuten an der Tür warten, dann erschien er, maß die beiden jungen Mädchen, die keine Ärmel am Kleid und Rollstrümpfe trugen, mit verächtlichem Blick und erklärte: „In ärmellosem Kleid und ohne Kniebedeckung müssen Sie von mir als Dirnen angesehen werden. Ich kann Ihnen die Erlaubnis zur Besichtigung nicht geben." Damit flog die Tür zu.

Es ist bekannt, daß der Ungesunde im Natürlichen etwas Unsittliches sieht. Darüber hinaus aber ist es eine grobe Ungehörigkeit und Beleidigung, junge Mädchen ohne jeden Grund als Dirnen zu bezeichnen.

Kampf gegen Wirtschaftsreaktion!

Kurt Heinig bei den Wilmersdorfer Sozialdemokraten.

In einer überaus starkbesuchten Kreismitgliederversammlung der Sozialdemokratie in Wilmersdorf sprach gestern Reichstagsabgeordneter Kurt Heinig.

In großen Zügen gab er ein Bild der Situation, wie sie jetzt vor den Wahlen besteht. Diese Wahlen stehen ganz besonders unter dem Zeichen des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit. Aus den neuen Verhältnissen der Weltwirtschaft und dem Stande der Produktionsapparatur heraus, die den Achtstundentag als zu lang erscheinen lassen, wird es noch zu schweren Auseinandersetzungen kommen. Heute haben wir in der Arbeitslosenversicherung, den Krankenkassen usw. gewaltige soziale Widerstandselemente gegen Auswirkungen wirtschaftlicher Krisen; der Kampf wird jetzt zunächst darum gehen, ob es den reaktionären Gruppen gelingt, diese sozialen Widerstandskräfte zu beseitigen. In der Beurteilung der sozialen Widerstandskräfte sind sich jedoch die Arbeiter selbst nicht einig: Die Alten vergleichen den heutigen Stand der sozialen Entwicklung mit der Vorkriegszeit und stellen dabei den gewaltigen Fortschritt fest, die Jungen dagegen, die das reaktionäre Vorkriegsdeutschland, Krieg und Inflation, noch nicht mit Bewußtsein erlebt haben, sehen nur die Schwierigkeit ihrer jetzigen Lage. Diese Jugend, die den Staat heute meist zuerst auf dem Arbeitsamt kennenlernt, hat oft nicht die Erkenntnis, daß diese, wenn auch geringe soziale Hilfe nur eine Folge der sozialen Demokratie ist. Die Jugend aber müssen wir für uns gewinnen, ebenso wie die Millionen von Wählern, die jetzt durch die politischen Um- und Neubildungen in den Bürgerparteien politisch heimatlos geworden sind.

Zu Beginn der Versammlung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Genossen Wengels, der bereits seit dem Sozialistengesetz treu zur Partei gestanden hatte und als einer der ersten in das Berliner Stadtparlament gewählt wurde.

Dachstuhlbrand in der Motzstraße.

Ein großer Teil des Seitenflügeldachstuhles im Hause Motzstraße 28 wurde gestern nachmittag durch Feuer zerstört. Die Feuerwehr kämpfte den Brand unter Leitung des Oberbaurats Jooth nach einstündiger Arbeit unter Einsatz von vier Schlauchleitungen und fünf Sauerstoffapparaten nieder. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis in die späten Abendstunden. Das Feuer hatte in der verkehrsreichen Gegend eine riesige Schar Neugieriger angelockt.

Zugzusammenstoß in Leipzig.

Zugführer an schweren Verletzungen gestorben.

Halle, 22. August.

Ein Zugzusammenstoß ereignete sich heute früh auf dem Bahnhof Leipzig-Wahren. Der aus Richtung Halle einfahrende Güterzug 7727 stieß auf eine die Weichenstraße kreuzende Lokomotive. Beide Lokomotiven und fünf Wagen entgleisten, der Packwagen und ein Güterwagen wurden zertrümmert. Der Zugführer Hermann Staede wurde schwer verletzt und mußte sofort dem Krankenhaus St. Georg in Leipzig zugeführt werden, wo er nach seiner Einlieferung verstarb. Die Ursache des Zusammenstoßes ist noch nicht geklärt.

Grubenkatastrophe in Rußland.

Zehn Bergleute getötet, fünf vermißt.

London, 22. August.

Wie Reuter aus Moskau berichtet, sind bei der Explosion in einer Grube im Bezirk Kapitalnaia Stalino zehn Bergarbeiter getötet worden. Fünf weitere werden vermißt. Eine Kommission ist zur Untersuchung der Ursache der Explosion eingetroffen und hat mit ihren Arbeiten begonnen.

Erdbeben in Ungarn.

Budapest, 22. August.

Die seismographischen Instrumente der Budapester Erdbebenwarte verzeichneten um 9 Uhr 49 ein Nahbeben. In Budapest dauerte die Erdbewegung vier Minuten lang. Die Maximalausschwingung des Apparats betrug 6 Millimeter. Nach den eingegangenen Meldungen dürfte der Herd des Bebens die Umgebung von Balassa Gyarmat oder Salgotarjan sein.

Auch in der Gemeinde Szecseny wurde um 6 Uhr 50 ein von einem unterirdischen Getöse begleitetes Erdbeben verspürt. An mehreren Häusern entstanden kleinere Risse.

Die Leitung der weltlichen Schule Charlottenburg teilt mit, daß ihr geplantes Kinderfest zum 23. d. M., im Volkspark Jungfernheide nicht stattfindet.

Bei übermäßiger Schweißabsonderung an Händen, Füßen und in den Achselhöhlen, sowie Geruchsbelästigung, besonders bewährt **Leoform-Creme.** Tube 1 Mark. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Der Volksstaat muß kommen!

In Niederschönhausen gab es im Schloß Schönhausen, Lindenstraße 11, eine öffentliche Wählerkundgebung. Der Gesangverein „Zukunft" leitete sie mit einer sehr eindrucksvollen Darbietung von Arbeiterliedern ein. Das Wort nahm dann Ministerialrat a. D. Genosse Albert Falkenberg zu dem Thema: „Obrigkeitsstaat oder Volksstaat?" Wir sind uns klar, daß der Staat, so wie er ist, durchaus nicht den Namen eines Volksstaates verdient; es ist unsere Aufgabe, ihn erst zu schaffen. Die jetzige Regierung Brüning-Schiele-Treviranus aber bedeutet einen Rückschritt in der Entwicklung zum Volksstaat. Das zeigt sich in den diktatorischen Maßnahmen ihrer Notverordnungen und in ihrer Unfähigkeit, die gegenwärtige Wirtschaftskrise zu überwinden. Eure Aufgabe, Parteigenossen, ist es, sie zu stürzen. Die Parole ist klar: im kommenden Reichstag muß die Sozialdemokratie die Mehrheit haben. Darum bekennt euch in Massen am 14. September zur Liste 1: Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Wir dürfen dieser Neubildung in den Parteien, die sich Staatspartei nennt und ein seltsames Gemisch von früheren Demokraten, Volkspartei und Jungdo ist, nicht die Macht in die Hand geben, sonst kommen wir wieder allmählich in das Fahrwasser von 1914. Parteigenossen, der 14. September ist euer Schicksalstag: wir kommen nur zum Ziele, wenn die Regierung von sozialistischem Geist erfüllt ist. Der Sprechchor Niederschönhausen gab der Kundgebung durch die Darbietung der Sprechchorwerke „Der Knabe von Budapest" und „Bandarbeit" einen würdigen Abschluß.

Jungwähler für Liste 1!

Die sozialistischen Jugendverbände Tempelhofs hatten zu einer Wahlkundgebung im Lokal Ma Li in Mariendorf eingeladen. Das Thema lautete: „Faschismus und Kapitalismus". Rechtzeitig waren die Nazis aufgefordert worden, einen Diskussionsredner zu stellen. „Naziführer kneifen nicht", lautete unlängst ein großes Plakat dieser Partei. Jedenfalls zogen die Nazis vor, für diesmal ihren Kampfesmut durch Nichterscheinen zu dokumentieren und für den gleichen Abend eine Parallelversammlung im „Herold" anzuberaumen. Zu „Ma Li" war viel echte Jugend: Jungarbeiter, Jungsozialisten und SAJ. unserem Ruf gefolgt. Rote und schwarzrotgoldene Fahnen schmückten den Saal. Die Tempelhofer Reichsbannerkapelle leitete mit „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" die Versammlung ein. Nach einem Sprechchor sprach als erster Redner Genosse Arno Scholz, darauf Genossin Anna Hartoch. Ihrer Schlußfolgerung: „Darum wählt Liste 1!" stimmten die Jugendgenossen begeistert zu. Ein kommunistischer Diskussionsredner, der schüchtern nur die Initialen H. M. seines Namens bekannt gab, mußte die Ausführungen, daß die Nazis eine durchaus kapitalistische Politik betreiben, nur ergänzen. Ein paar seiner Parteifreunde, die er sich zur Verstärkung aus Neukölln mitgebracht hatte, feuerten ihn durch Zwischenrufe, die die Versammlung mit Lachen quittierte, an. Sichtlich war Sprengung der Jungwählerversammlung der Parole. Trotzdem konnte die Versammlung ungestört zu Ende geführt werden und in einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie ausklingen.

Alt-Berlin. Die nächste Führung durch die vergessenen Winkel des ältesten Berlin veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg unter der Leitung Georg Bambergers am Sonntag, den 24. August. Treffpunkt: 10,30 Uhr auf dem Spittelmarkt, Ausgang Untergrundbahn, Teilnahme 50 Pf.

Aus der Partei.

Kulturfragen im Wahlkampf.

Im Mittelpunkt dieses Wahlkampfes stehen die Grundfragen der Wirtschaft und der Sozialpolitik. Auch auf kulturellem Gebiet treten die Fronten schärfer als bisher hervor. Diesen Gedankengang entwickelt Dr. August Siemsen im Leitaufsatz des soeben erschienenen Augusthefts der „Sozialistischen Bildung", in dem er die großen kulturpolitischen Aufgaben umreißt, die die Sozialdemokratie im Wahlkampf zu vertreten hat.

Eine gute Ergänzung zu diesem programmatischen Artikel bietet der Aufsatz von Leo Friedjung „Der kulturelle Niedergang der kommunistischen Bewegung", der aufschlußreiches Material über das Verhältnis der KPD. zu den verschiedenen proletarischen Kulturorganisationen enthält und den geistig-moralischen Verfall innerhalb der jetzigen kommunistischen Bewegung schildert. Nicht minder aufschlußreich sind auch die Aufsätze von Dr. Ernst Nölting „Staatliche Arbeiterbildung" und von Erwin Marquardt „Wandlungen der Volkshochschulbewegung", in denen die wichtigsten Probleme der staatlichen Wirtschaftsschulen sowie der städtischen Volkshochschulen aufgezeigt werden. In einem temperamentvollen Aufsatz von H. Braune „Wege und Ziele sozialistischer Filmproduktion" werden im Anschluß an die Nürnberger Reichsbildungskonferenz konkrete Vorschläge für den Ausbau des sozialistischen Filmwesens gemacht.

SAJ Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Heute, Sonnabend, 23. August.

Reichenberger Viertel: Treffpunkt zur Volksbühnenagitation 16 Uhr Glogauer Straße. Morgen Fahrt nach Oranienburg. Treffpunkt 7 Uhr Görlitzer Bahnhof. — **Süden:** Treffpunkt zur Autofahrt nach Kottbus 16½ Uhr „Rote Ecke" (Marheinekeplatz). — **Britz:** Treffpunkt zur Demonstration 17½ Uhr Rathaus, Chausseestr. 48. — **Neukölln IX:** Treffpunkt zur Fahrt 18 Uhr Bahnhof Hermannstraße. Kosten 1,20 M. — **Neukölln VI:** Ueben im Heim Treptower Straße 96 „Teufel Reaktion." Alle beteiligten Genossen müssen erscheinen. — **Pankow I und II:** Alle Genossen mit Fahrrädern beteiligen sich am Radfahrerumzug der Partei. Treffpunkt 17¼ Uhr Marktplatz. — **Pankow III (N.-S.):** Treffpunkt aller Radfahrer 17½ Uhr Marktplatz zur Agitationsfahrt. Die Hornisten müssen ihre Instrumente mitbringen. 20 Uhr Treffpunkt zur Fahrt nach Birkenwerder. Kosten 1 M. Instrumente mitbringen.

Werbebezirk Wedding: Arbeitsfahrt der älteren Genossen nach Neu-Boltzfang. Treffpunkt 17 und 19½ Uhr Bahnhof Gesundbrunnen („Die Arbeit in der Aelterengruppe").

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Tambourkapelle. Spielen in Charlottenburg. Treffpunkt 18½ Uhr Bahnhof Prenzlauer Allee. Erscheint in Falkentracht.

Werbebezirk Schöneberg: Lastautofahrt nach Kottbus. Unkosten 2,50 M. mit Uebernachten in Lübben. Treffpunkt pünktlich 18½ Uhr Obermarkt in Schöneberg und 19 Uhr „Neue Welt", Hasenheide. Fahnen, Transparente und Schlafsäcke mitbringen. Teilnehmer werden noch angenommen.

Werbebezirk Westen: Treffpunkt aller Radfahrer 18 Uhr Heim Rosinenstr. 4 zur Propagandafahrt.

Werbebezirk Tempelhof: Treffpunkt 18 Uhr Mariendorf, Dorfstraße. Beteiligung an der Wahldemonstration in Marienfelde. Tempelhof anschließend Fahrt nach Rossen.

Werbebezirk Neukölln: Genossen, die nach Kottbus fahren wollen, müssen um 19 Uhr an der „Neuen Welt" sein. Fahrgeld und Schlafgeld 2,30 M. Morgen Ueben des Sprechchors, Karlsgartenstr. 14. Alle Genossen müssen erscheinen. Der Werbebezirk beteiligt sich am Sommerfest der 91. Parteiabteilung im „Karlsgarten".

Werbebezirk Lichtenberg: Autopropagandafahrt nach Kottbus. Treffpunkt aller Teilnehmer 17½ Uhr Heim Guntherstr. 44. Nachzügler 18½ Uhr Bahnhof Schöneweide. Westausgang.

Morgen, Sonntag, 24. August.

Westen: Fahrt. Treffpunkt 5½ Uhr Bahnhof Bülowstraße. — **Moabit II:** Fahrt nach Rossen. Treffpunkt 7 Uhr Stromstr.- Ecke Turmstraße. Fahrgeld 60 Pf. — **Schönhauser Vorstadt:** Fahrt nach Strausberg. Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof Schönhauser Allee. 20 Uhr Heimabend, Schule Schönfließer Straße. — **Neukölln IV:** Teilnehmer am Sprechchor! Treffpunkt 14½ Uhr im Heim Schierker Straße. Wir gehen zum Parteifest nach dem Karlsgarten. — **Südwesten:** Fahrt nach Birkenwerder. Treffpunkt 7 Uhr Belle-Alliance-Platz.

Werbebezirk Teltowkanal: Wanderleiter, Radfahrt nach Königswusterhausen. Treffpunkt 7½ Uhr Zehlendorf-Mitte. Interessierte Genossen können teilnehmen.

Oeffentliche

Wählerkundgebungen

Heute, Sonnabend, 23. August:

Britz-Buckow. Werbeumzug. Treffpunkt: 18 Uhr am Friedrichsbrunner Platz, in der Germaniapromenade. Redner: Karl Dressel.

Lichtenberg. Werbeumzug. Aufmarschplatz vor der Jugendbühne. Abmarsch 18 Uhr. — Die Abteilungen werden um pünktliches Eintreffen ersucht.

Pankow. Radfahrerumzug ab 17¼ Uhr Marktplatz in Pankow. — Alle radfahrenden Genossen müssen zur Stelle sein.

Marienfelde. Treffpunkt zum Werbeumzug 18½ Uhr Bismarckstraße (Eisenbahnkreuzung). — Anschließend Kundgebung im Lokal Petsch. Redner: Emil Barth.

Morgen, Sonntag, 24. August:

Wilmersdorf. Mittags 11½ Uhr große Demonstration. Treffpunkt: Fehrbelliner Platz. — Banner, Fahnen und Transparente mitbringen!

Männer und Frauen erscheint in Massen!

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Sonntag, 24. August. Wintersportabteilung. Die Endkämpfe unseres Verfassungsturniers am Sonntag, dem 24. August, beginnen um 11 Uhr. Im Rahmen der Kämpfe spielt der deutsche Spitzenspieler Prenn gegen den Sieger im Herreneinzel R. Freier. Eintritt nur gegen Vorzeigung der Abteilungsmitgliedskarte. Abends, 20 Uhr, Preisverteilung mit anschließendem gemütlichen Beisammensein im Restaurant des Opernhauses. Kameraden mit Angehörigen sind herzlichst eingeladen. Eintritt frei. **Friedrichshain** (Ortsverein). 5¼ Uhr Antreten auf den Kameradschaftssammelplätzen zur Autofahrt. Abfahrt pünktlich 6 Uhr Küstriner Platz. Fahrpreis 1,50 M. **Köpenick** (Ortsverein). Abfahrt mit den Schnellautos Köpenick, Stadtpark, um 6 Uhr, Friedrichshagen um 6¼ Uhr Marktplatz, Bohnsdorf um 6 Uhr bei Heimann, Waltersdorfer Str. 160. **Lichtenberg** (Ortsverein). Autofahrt. Abfahrt pünktlich 6¾ Uhr vom Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde. Tambourkorps, sämtliche Fahnen. — **Montag, 25. August. Schöneberg-Friedenau.** Um 20 Uhr Mitgliederversammlung im Piccadilly, früher Wilhelmshof, Hauptstr. 67—68. Referent: Kamerad Simann: „Republikanische Parteien und Reichsbanner". — **Kreuzberg.** Achtung! Fläminngfahrt am 31. August. Teilnehmer melden sich bis Montag, 25. August, bei den Zugleitern! — **Treptow** (Ortsverein). Sonntag, 24. August, mit Schnellautos nach Guben. Freie Fahrt. Treffpunkt Kameradschaft Treptow 7 Uhr „Vorwärts"-Spedition Graetzstraße; Baumschulenweg 7¼ Uhr bei Borgmann; Schöneweide und Adlershof 7¼ Uhr Bahnhof Schöneweide.

Esperanto-Gesellschaft Charlottenburg. Montag, 25. August, 20 Uhr, Konditorei Wolter, Charlottenburg, Bismarckstr. 114 (Knie). Uebungen für Anfänger und Fortgeschrittene, freie Konversation. Gäste willkommen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 11 Uhr, Pappelallee 15, Vortrag des Herrn Dr. A. Rosenberg: „Hegel als Vorläufer der großen Revolutionäre". Harmonium: Volkslieder. Gäste willkommen.

Funkwinkel.

Für die sonst recht fragwürdige Vorschau auf das Wochenprogramm ist diesmal Alfred Braun als Retter auserkoren, und nach der Dürre mehr oder minder verunglückter Versuche brav dozierender Herrschaften wirken Brauns Improvisationsgabe und Temperament wie erfrischender Sommerregen. Braun geht kaum nach einer strengen Systematik vor, er spielt vielmehr mit den einzelnen Daten und ordnet sie an, wie es ihm gefällt. Außerdem spricht er witzig und bringt dadurch Leben in eine sonst sehr langweilige Sache. Künstlerisch bietet das Programm wenig Anregungen. Die englischen und deutschen Chansons finden ihren Höhepunkt gleich am Anfang bei Friedrich Holländer, der trotz aller Modernität als Fortsetzer einer musikalischen Tradition gelten darf, aber sie nicht völlig mit neuem Leben füllen kann. Greta Keller und Joe Sargent sind ausgezeichnete Sänger, die den Rhythmus dieser Dinge erleben. Zu werten sind diese musikalischen Spielereien, die sich freuen, wenn sie ein paar Töne gefunden haben, nur als Eintagsfliegen. Im Abendkonzert, das im besten Sinne als populär bezeichnet werden kann, enttäuscht Seidler-Winkler. Schon in der Rienzi-Ouvertüre vermißt man den Willen zu einer straffen Ballung der Rhythmen, und in Liszt's herrlicher sinfonischer Dichtung „Les Préludes" fehlt die mitreißende, dramatische Ausdruckskraft. Gut dagegen Tschaikowski.

F. Sch.

Allgemeine Wetterlage.

Nachdem im Laufe der Nacht zum Freitag und des Freitagsvormittag selbst ganz Deutschland in den Bereich etwas kühlerer westlicher Luftmassen gekommen war, ist der Luftdruck über Mitteleuropa wieder im Ansteigen begriffen. Ueber Westdeutschland liegt jetzt der Kern eines neuen Hochdruckgebietes. Es hat den Anschein, als ob sich das Hoch noch etwas kräftigt; eine neue Störung befindet sich aber erst wieder westlich von Irland. Das Wetter dürfte daher zunächst ziemlich beständig bleiben.

*

Wetteraussichten für Berlin. Teils wolkig, teils heiter, im ganzen etwas kühler. — **Für Deutschland.** Im Südwesten meist stärker bewölkt, vereinzelt leichte Niederschläge, im übrigen Reiche teilweise heiter, mäßig warm und trocken.

Unserer Genossin und unserm Genossen
Emma und Paul Mudrack
Emser Str. 126
zur Silberhochzeit die herzlichsten
Glückwünsche!
Die Funktionäre der 80. Abtlg. Neukölln

Am Montag, dem 18. August, 18 Uhr, entschlief nach schwerem Leiden meine treue Lebenskameradin, unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter
Emilie Schaefer geb. Becker
im Alter von 75 Jahren.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Hermann Schaefer
Berlin-Tegel, Bahnhofstraße 15
Die Einäscherung findet am Montag, dem 25. August, 11½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Am Donnerstag, dem 21. August 1930, morgens 1¼ Uhr, entschlief sanft nach langem schweren Leiden, meine liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, die Witwe, Frau
Luise Lisch, geb. Gottel
im 80. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Wilhelm Lisch und Angehörige.
Berlin N. 31, den 21. August 1930. Ackerstr. 113.
Die Beerdigung findet am Montag, dem 25. August 1930, nachm. 3½ Uhr von der Kapelle des Elisabeth-Friedhofes, Pankow, Wollankstraße 66, aus statt.

Allgem. Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz
Bekanntmachung.
Die Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten im Ausschuß werden hiermit zu der am Montag, dem 1. September 1930, abends 8 Uhr, im Kassenlokal, hierselbst, Körnerstraße 55, stattfindenden
außerordentlichen Ausschußsitzung
höflichst eingeladen.
Tagesordnung:
1. Satzungsänderungen. 2. Verschiedenes.
Bln.-Steglitz, den 22. August 1930.
Der Vorstand.
Liebr., Vorsitzender. Koglin, Schriftführer.

Innungskrankenkasse der Juwelier-, Gold- u. Silberschmiede - Zwangs-Innung zu Berlin
Am Sonnabend, dem 30. August 1930, abends ½8 Uhr findet im Restaurant Schulze, Stallschreiberstraße 5, eine
außerordentl. Ausschußsitzung
statt.
Tagesordnung:
1. Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.
2. Satzungsänderung nach der Notverordnung vom 27. Juli 1930.
3. Verschiedenes.
Max Rost, Vorsitzender. H. Hertz, Schriftführer.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

7. **Kreis Charlottenburg.** Alle Parteigenossen beteiligen sich am Sonntag, 24. August, an der Demonstration. Abmarsch 11½ Uhr Fehrbelliner Platz.

Heute, Sonnabend, 23. August:

51. Abt. Die noch im Besitz der Bezirksführer befindlichen Kartothekkarten sind am Montag, 25. August, 17 Uhr, an den Kassierer zurückzugeben. Jedoch nicht heute, Sonnabend, 23., und Sonntag, 24. August.

85. Abt. Tempelhof. Alle Genossinnen und Genossen wollen sich heute an der Demonstration in Marienfelde beteiligen. Treffpunkt 18½ Uhr Bismarckstraße (Eisenbahnbrücke in Marienfelde).

96. Abt. Neukölln. Die Bezirksführer werden gebeten, die Mitteilungsblätter vom Abteilungsleiter abzuholen.

108. Abt. Friedrichshagen. Heute, Sonnabend, 17 Uhr, Ausgabe der Handzettel zu der öffentlichen Wählerversammlung am kommenden Mittwoch im Lokal Fahrentholz, Wilhelm- Ecke Kirchstraße.

115. Abt. Lichtenberg. Heute, Sonnabend, 17.45 Uhr, Treffpunkt zur Demonstration an der Schule Holteistraße. Fahnen mitbringen!

116. Abt. Lichtenberg. Heute, Sonnabend, Wahlpropagandaumzug. Die Genossinnen und Genossen treffen sich um 17½ Uhr am Sammelpunkt (Platz vor der Jugendbühne).

117. Abt. Lichtenberg. Zur heutigen Wahldemonstration treffen sich die Parteigenossen restlos um 17 Uhr bei Klose. Nachzügler um 17½ Uhr vor der Jugendbühne. Gruppe Klingenberg sammelt sich ebenfalls vor der Jugendbühne.

118. Abt. Lichtenberg. Heute, Sonnabend, 17½ Uhr, treffen sich alle Mitglieder an der Jugendbühne zum Werbeumzug.

127. Abt. Hohenschönhausen. Die für Sonnabend angesagte Flugblattverbreitung findet nicht statt. Dafür Montag, 25. August, Handzettelverbreitung vom Lokal Schiebe aus.

Sämtliche radfahrenden Genossinnen und Genossen treffen sich am Sonntag, 24. August, früh 9 Uhr, in Weißensee am Mirbachplatz zur Demonstration durch den Kreis.

Eichwalde. Allgemeine Flugblattverbreitung heute, Sonnabend, 23. August. Ab 15 Uhr können die Flugblätter vom Lokal Lindner abgeholt werden.

Morgen, Sonntag, 24. August:

Charlottenburg. 31. **Abt.** Treffpunkt zur Demonstration 11½ Uhr Fehrbelliner Platz in Wilmersdorf. — 34. **Abt.** Treffpunkt zur Demonstration 11½ Uhr Fehrbelliner Platz.

Montag, 25. August:

62. Abt. Abrechnung der Bezirksführer bei Hoschke.

Jungsozialisten.

Gruppe Tempelhof-Mariendorf. Wir beteiligen uns heute, Sonnabend, geschlossen an der Demonstration der Partei in Marienfelde. — Morgen, Sonntag, Fahrt nach Stahnsdorf (Teltowkanal). Treffpunkt 6.30 Uhr Mariendorf, Chaussee- Ecke Dorfstraße.

Gruppe Charlottenburg. Achtung! Morgen, Sonntag, vorm. 10¾ Uhr, treffen wir uns Wilmersdorfer Ecke Bismarckstraße (am Kiosk) zur Teilnahme an der Demonstration der Partei. Abmarsch Fehrbelliner Platz.

Gruppe Neukölln. Morgen, Sonntag, Fahrt. Treffpunkt 7 Uhr Ringbahnhof Neukölln.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreis Friedrichshain. Alle Zeltlagerteilnehmer kommen Montag, 25. August, 18 Uhr, im Jugendheim, Litauer Straße, zu einer Aussprache über das Zeltlager zusammen. — Dienstag, 26. August, 20 Uhr, findet im Jugendheim, Diestelmeyerstraße, eine Kreishelfersitzung statt. Alle Helfer und Junghelfer, die im Zeltlager waren, müssen erscheinen.

Kreis Kreuzberg. Gruppe Görlitzer Straße. Sonnabend, 5 Uhr, treffen wir uns am Görlitzer Bahnhof zur Fahrt nach Nauen. 1.30 M. und Essen mitbringen.

Kreis Neukölln. Helferkreis. Heute, Sonnabend, Treffpunkt zur Helferfahrt um 16½ Uhr am Bahnhof Neukölln. Unkosten ungefähr 1.30 M. Alle Helfer werden erwartet. — Die Karten vom Waldfest können am Montag in der Arbeitsstunde abgerechnet werden. In der Arbeitsstunde ist auch die Ausgabe der Karten für die Dampferfahrt.

Kreis Pankow. Morgen, Sonntag, 24. August, Kreistreffen in Buch. Alle Gruppen treffen sich um 14 Uhr am Bahnhof Buch. — **Gruppe Niederschönhausen.** Treffpunkt zum Bucher Kreistreffen am Sonntag, 24. August, 13 Uhr, am Friedensplatz. 30 Pf. Fahrgeld mitbringen. — **Gruppe Pankow.** Die heutige Gruppenveranstaltung in der Schönholzer Heide fällt wegen der Wahlveranstaltung der Partei aus. Die Helfer beteiligen sich um 18 Uhr an der Radpropaganda. Alle Gemeinschaften kommen bestimmt am Montag, dem 25. August, 17 Uhr, an der gewohnten Stelle in der Heide zusammen. Morgen, Sonntag, treffen wir uns zur Fahrt nach Buch um 7 Uhr am Bahnhof Pankow-Schönhausen. 30 Pf. Fahrgeld. Am Mittwoch Baden in Lübars. Treffpunkt 13½ Uhr Bahnhof Wollankstraße. 25 Pf. Rückfahrt 18¼ Uhr Marktplatz, 5 Pf.

Gruppe Engelufer. Treffpunkt zur Fahrt um 13¼ Uhr an der Kastanie. 1.30 M. sind mitzubringen. Wir erwarten alle Roten Falken und Jungfalken. Ferner sind beim Genossen Funke, Adalbertstr. 65, die Decken vom Zeltlager abzuholen, in der Zeit von 14 bis 17 Uhr.

Gruppe Tempelhof. Morgen, Sonntag, Fahrt in die Gosener Berge. Treffpunkt 7½ Uhr Bahnhof Tempelhof.

Gruppe Weißensee. Morgen, Sonntag, treffen wir uns zur Fahrt nach Strausberg um 7 Uhr am Antonplatz. Unkosten 70 Pf. (ohne Getränke). Eltern und Jugendgenossen der SAJ. sind hierdurch eingeladen, sich daran zu beteiligen. — Achtung, Eltern! Montag, 1. September, findet unser nächster Elternabend statt. Näheres durch Rundschreiben.

Gruppe Lichtkämpfer. Am Montag, 20 Uhr, in der Baracke, Ganghoferstraße, Elternversammlung. Alle Eltern werden gebeten zu erscheinen.

Geburtstage, Jubiläen usw.

15. Abteilung. Unserem Genossen **Karl Andersian**, Stralsunder Straße 13, zu seinem 60. Geburtstage die besten Glückwünsche.

Die Abteilungsleitung.

25. Abteilung. Dem Genossen **Franz Schulze**, Berlin NO., Lippehner Straße 31, wünscht die Abteilung zu seinem 70. Geburtstage, heute, Sonnabend, 23. August, viel Glück und noch recht viele, gesunde Lebensjahre.

34. Abteilung. Unserer Genossin **Wulff**, Lorestr. 1, zum 60. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

139. Abt. Tegel. Am Dienstag, 19. August, verschied die Gattin unseres altbewährten Genossen Hermann **Schaefer**, Bahnhofstr. 15. Ehre ihrem Andenken! Die Beisetzung erfolgt Montag, 25. August, vorm. 11½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße. Um rege Beteiligung wird gebeten.

127. Abt. Hohenschönhausen. Unsere Genossin Luise **Renker** ist infolge eines traurigen Unglücksfalles verschieden. Ehre ihrem Andenken! Zeit und Ort der Einäscherung werden noch bekanntgegeben.

Die bestbekannte, seit über 30 Jahren am Gesundbrunnen — Badstr. 67 — bestehende **„Kaufmännische Privatschule von B. Kossak"** beginnt am 3. Oktober d. J. ihr Wintersemester und werden zu diesem Termin sämtliche Lehrgänge in Tages- und Abendunterricht neu eingerichtet. Allen Interessenten ist also Gelegenheit zur Ausbildung in den einschlägigen Unterrichtsfächern gegeben.

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnabend, 23. 8. **Staats-Oper** Unter d. Linden. Jahres-Ab.-V. No. 174. 20 Uhr. **Schwanda, der Dudelsackpfeifer**. Ende 22¾ Uhr

Sonnabend, 23. 8. **Städt. Oper** Bismarckstr. Turnus IV. 20 Uhr. **Mignon**. Ende 22¾ Uhr

Staats-Oper Am Platz der Republik. Wiederbeginn der Vorstellungen am Sonntag, 24. August

Staatl. Schausph. (am Gendarmenmarkt). Wiederbeginn der Vorstellungen am Sonnab., 30. August

Staatl. Schiller-Theater, Charltbg. Wiederbeginn der Vorstellungen am Sonnabend, dem 30. August

SCALA Tägl. 5 u. 8½ Uhr. B 5 Barb. 9236. Pr. 1—6 M. — Nachm. halbe Preise. NONI und HORACE usw.

PLAZA Tägl. 5 u. 8¹⁵. Sonnt. 2, 5 u. 8¹⁵. Alex. E 4, 8066. Kassner, Maciste, 5 Resua – Roller – Girls usw.

Theater i. d. Behrenstr. 53-54 8¼ Uhr. **Ist das nicht nett von Colette?**

Reichshallen-Theater 8 Uhr. **Stettiner Sänger**. Neu! Laß Blumen sprechen! Sonntag, 31. 8.: 1. Nachmittags-Vorstellung zu halben Preisen. **Dönhoff-Brettl:** Das beliebteste Varieté Berlin.

„Die tolle Lola"

Hans Rose • Loni Pyrmont. Täglich 8.15 Uhr im **Rose-Theater** (Gartenbühne). Musik: Hugo Hirsch, Regie: Edgar Kanisch, Tänze: Bruno Arno, Orchester: Max Schmidt. Neue Ausstattungen: Walter Fischer.

Im Innentheater 8¹⁵ Uhr: **Heimliche Brautfahrt** mit W. Rose und Gert. Kanitz.

Winter Garten 8.15 Uhr — Rauchen erlaubt. Carlos und Chita u. Co. und weitere in Berlin noch nicht gezeigte Stars. Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen 4 und 8¹⁵ Uhr. 4 Uhr kleine Pr.

Deutsches Theater D 2 Weidendamm 5281. 8 Uhr. **Phaea** von Fritz v. Unruh. Reg.: Max Reinhardt. Musik: Friedrich Hollaender. Bühnenbilder Ernst Schütte.

8¼ **Elite-Sänger** im Theater am Kottbuser Tor, Kottbuser Str. 6, Tel. Mpl. 16077. **Zille-Festspiele**. Sonntag, den 24. August 1. Nachm.-Vorstellung zu ermäßigten Preisen.

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7516. 8½ Uhr. **Wie werde ich reich und glücklich?** Kursus von Felix Joachimson. Musik von Mischa Spoliansky. Regie: Erich Engel. Bühnenbilder: Ludwig Kainer

Deutsches Künstler-Theat. Tel. Barbarossa 3937. 8½ Uhr. **Weekend**. Lustspiel von N. Coward.

Renaissance-Theater Steinplatz 6780. 9 Uhr. Die **Wunder-Bar**. Revuestück

Komische Oper 8½ Uhr. **Paul Westermeier** in: **Liebe und Trompetenblasen**. Operette von Roland.

Lessing-Theater Weidendamm 2787 u. 0646. Täglich 8½ Uhr. **Wiederaufnahme beantragt** v. Otto Ernst Hesse. Loos, Rauchek, Rauß, Flamme, Falkenberg, Günther, Gradtzinsky.

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr. Lothringer Straße 37. Für unsere Leser: Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil 1,25 M., Sessel 1,75 M. **Der Possen-Schlager** Der selige Hollschinsky und ein erstkl. buntes Programm.

Haus Vaterland. Das Vergnügungs-Restaurant für Jedermann. Betrieb Kempinski

Theater d. Westens Täglich 8¼ Uhr: **Das Land des Lächelns**. Franz Lehars Sensationserfolg! Sonntag nachm. 4 Uhr kleine Preise **Das Land des Lächelns**

Metropol-Theater Täglich 8¼ Uhr. Sensationeller Operettenerfolg! Unter pers. Leitung des Komponisten **Viktoria und ihr Husar**. Sonntag nachm. 4 Uhr kleine Preise **Friederike.**

LUNA PARK Heute: Sondertag „Berl. Hausfrau". Feuerwerk. Konzert. Varieté. Sonntag: „Denken und Raten". Rätsel-Preiswettbewerb. 1. Preis: 100 M. 7 Uhr: **Boxkampf**. Hauptkampf Scholz/Bischoff. An beiden Tagen Revue der Filmlieblinge aus dem neuen Tonfilm „Die grosse Sehnsucht". Gr. Sonder-Feuerwerk

Zentral-Theater Alte Jakobstr. 30/32. Dönh. 2047. Heute 8¼ Uhr: Premiere **Ueberm großen Teich**. Ausstattungsoperette in 4 Akten. Rundfunkhörer halbe Preise.

Werde Abonnent des Rose-Theaters!!

Unser Abonnement bietet:

12 Vorstellungen im Jahr.

Freies Programm. Freie Garderobe (als einzige Bühne Berlins). Beim Beitritt bis 31. August keine Einschreibegebühr. Unsere Abonnenten werden u. a. sehen: „Die Braut von Messina", von Schiller. „Die schöne Helena", große Operette von Offenbach. „Eine Nacht in Venedig", mit Musik von Johann Strauß. „Die Dollarprinzessin", von Leo Fall. „Die Faschingsfee", von Kalmàn. „Rose Bernd", von Gerhart Hauptmann. „Der Veilchenfresser", von Moser. „Die fünf Frankfurter", von Rößler. „Das 4. Gebot", von Anzengruber.

Vorteilhafte Plätze im Abonnement:

I. Parkett-Sessel nur RM 1,10
II. Parkett nur RM 0,85
I. Rang-Balkon nur RM 1,—
I. numerierter Mittelrang nur RM 0,60
(Die Preise verstehen sich inkl. Programm und Garderobe)

Persönliche Anmeldung wochentags v. 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends. Können Sie uns nicht persönlich besuchen, so schreiben Sie uns bitte Ihre Adresse. Wir senden Ihnen dann umgehend kostenlos und unverbindlich einen ausführlichen Prospekt.

Name: ______

Wohnung: ______

Zimmer: 1 Bett Mk. 7.- bis 11.- 2 Betten 13.- bis 22.- Bad: Mk. 3.- Salon: 10.- Keine höheren Preise. Eine Großmacht europäischer Hotels. Berlin HOTEL a. Anh. Bhf. **EXCELSIOR**

Wo speist man gut und billig? Nur **Gross-Berlin** Alexanderplatz

Kontobücher bei **JUERGENS** Alexanderplatz, Neue Königstr. 43

Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachahmung gesetzl. gesch. fertigt seit 45 Jahr als Spezialität **Conrad Müller** Leipzig-Schkeuditz

Berliner Prater Sommertheater. Kastanienallee 7—8. Humb. 2246. Eine entzückende Burleske sowie der auserwählte Varieté-Teil. Täglich 8¼ Uhr. Gustl Baer, Trude Schröder, Herta Stary, Erwin Hartung in **Katja, die Tänzerin**. Operette in 3 Akten von Leopold Jakobson und Rudolf Oesterreicher. Musik von **Jean Gilbert.** Eintrittspreis von 50 Pf. an.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Ortsverwaltung Berlin. Montag, den 25. August, abds. 6 Uhr in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18. **Branchen-Versammlung der Bau- und Geldschrankschlosser**. Tagesordnung: 1. Branchenangelegenheiten. 2. Stellungnahme zur Tarifkündigung. 3. Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! Zahlreiches Erscheinen ist unbedingte Pflicht. Die Ortsverwaltung

Rennen zu Grunewald Sonnabend, 23. August 1930 nachmittags 3½ Uhr

SCHWERIN IN MECKLENBURG DIE STADT DER SEEN UND WÄLDER. Werbeschriften durch die Reisebüros und den Städtischen Verkehrsausschuß, Schwerin i. M.

Über 200 000 Personen jährlich besuchen die weltberühmten Rübeländer Tropfsteinhöhlen (Hermanns- und Baumannshöhle). **Versäumen auch Sie nicht, sich diese Naturwunder anzusehen.** Gute Unterkunft in Hotels und Privat jederzeit möglich.

Gewinnauszug

5. Klasse 35. Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

12. Ziehungstag — 22. August 1930

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 5000 M. 2477
10 Gewinne zu 3000 M. 86026 160965 175750 257462 348483
10 Gewinne zu 2000 M. 10157 103546 112421 252009 267838
36 Gewinne zu 1000 M. 13378 28533 36030 39409 48622 53557 104723 111517 117246 118714 196744 197392 236005 306709 316676 336013 351077 398892
86 Gewinne zu 500 M. 7062 18706 23150 27417 29143 32077 38117 44545 48184 48860 52392 52537 57178 57360 74277 76436 85394 87109 93168 114017 117321 118577 131561 146979 155792 170950 186118 213617 214633 223535 230141 241025 244256 252714 264366 284479 304874 322705 330158 337039 369092 383188 393096

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

4 Gewinne zu 5000 M. 61520 148580
6 Gewinne zu 3000 M. 236651 256057 269681
18 Gewinne zu 2000 M. 28893 74760 103367 138574 145009 155700 168846 172729 194521
40 Gewinne zu 1000 M. 5246 11010 17541 24056 91086 92094 94081 104665 110311 117861 140878 142208 176859 183933 215832 257510 305239 333404 372619 385468
66 Gewinne zu 500 M. 7795 8264 22298 28140 37541 43738 46091 52580 55357 73069 86047 117501 138764 142290 146331 147815 163478 172310 179168 188584 209726 226218 226767 254818 295616 307247 308072 331028 340140 341051 357882 361673 377435

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000, 2 Gewinne zu je 500000, 2 zu je 100000, 2 zu je 75000, 2 zu je 50000, 8 zu je 25000, 56 zu je 10000, 100 zu je 5000, 248 zu je 3000, 480 zu je 2000, 1244 zu je 1000, 2658 zu je 500, 6986 zu je 300 M.

Verleih hocheleganter Gesellschafts-Anzüge. Leihhaus Lewicki, Weinmeisterstraße 105.

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Ärzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Tailormäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sport-, Gehpelze. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Sommerpaletots, Trenchcoatmäntel, für jede Figur passend, Spezialität Bauchanzüge. Spottbillig. Halpern, Rosenthalerstraße 4, eine Treppe.

Möbel

Möbel-Ramerling, Kastanienallee 56. Nußbaum-Waschkommoden, englische Bettstellen, Nachttische. Riesenauswahl. Plüschsofas. Spottpreise. Zahlungserleichterung.

Möbelkäufer merkt Euch und der Möbelbauer, große Auswahl, kleine Preise! Beispielsweise: Schlafzimmer 455.—, Speisezimmer 517.—, Herrenzimmer 380.—, Spiegelschränke 118.—, Dielengarnitur 38.—, Anrichteküche 99.—, Messingbettstelle 66.—, Kleiderschränke 48.—, Chaiselongues 28.—, Metallbettstelle 18.—, Auflegematratze 13.—. Sonstige Möbel angemessene Preise. Teilzahlung aufschlagfrei. Wochenraten, Monatsraten, Kassarabatt bis zehn Prozent, auch auf Anzahlungen. Kleine auch ohne Anzahlungen. Kredite bis zwei Jahre. Mak. Ring. Katalog franko. Hauptgeschäft: Steglitz, Schloßstraße 107; 2. Geschäft: Neukölln, Hermannplatz 7; 3. Geschäft: Belle-Alliance-Straße 95.—, Untergrundbahn; 4. Geschäft: Kottbuser Straße 23, gegenüber Elitesänger.

Patentmatratzen „Primissima", Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Kein Laden.

Meine Lieben! Augen auf! Noch ist es Zeit! Sie kaufen heute billig: Schlafzimmer, Eiche, nur 375.—, Schlafzimmer, Nußbaum, nur 385.—, Schlafzimmer, Birke, 595.—, Schlafzimmer, Mahagoni, 715.—, Speisezimmer, Nußbaum, nur 450.—, Speisezimmer, Eiche, 380.—, Küchen, weiß und lasiert, 65.—, Ankleideschrank 42.—, Ankleideschrank mit Wäscheeinteilung 58.—, Ankleideschrank mit Wäscheeinteilung und Spiegel 98.—. Sämtliche Möbel zu halben Preisen. Das versäume niemand. Möbel-Schroger, Kastanienallee 45/49, im Fabrikgebäude.

Musikinstrumente

Kinzpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 35.

Fahrräder

Gebrauchte Fahrräder 15.—, 20.—, 25.—, 30.—, 35.—. Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Grundstücksverkäufe

Parzellen, schöne Lage, Quadratmeter 1.— an. Riewitt, Oranienburg, Berliner Allee (Auto Bahnhof Lehnitz).

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Lötzinn, Blei, Quecksilber, Silberschmelze, Goldschmelzerei Christionat, Köpenicker Straße 29 (Holzstraße Adalbertstraße).

Unterricht

Am Bahnhof Gesundbrunnen, Kaufmännische Privatschule von B. Kossak, Berlin N 20, Badstraße 67. Fernsprecher: Humboldt 229. Oktober beginnen 3-, 4-, 6- und 12-Monatslehrgänge in sämtlichen Handelsfächern. Kurzschrift. Maschinenschreiben und Fortbildung. Deutsch und Fremdsprachen. Schönschreiben jeder Art. Privatunterricht jederzeit.

Verschiedenes

Malerarbeiten. Renovierung von Wohn- und Geschäftsräumen führt allerbilligst aus Schmidt, Fennstraße 3. Postkarte erbeten.

Feingold der Uhrmacher. Jede Uhrenreparatur ausnahmslos zwei Mark. Zweijährige schriftliche Garantie. Zentrale: Münzstraße 20. Annahmestellen in folgenden durch Plakate gekennzeichneten Zigarrenläden: Zentrum: Spandauerbrücke 1b. Norden: Ackerstraße 68; Weinbergsweg 6; Bankstraße 58; Tresckowstraße 60, Ecke Danzigerstraße. Osten: Frankfurter Allee 269; Kopernikusstraße 5; Köpenickerstraße 160; Landsbergerplatz 2; Andreasstraße 34 (Andreasplatz). Neukölln: Weichselstraße 35 (Hermannplatz); Kaiser-Friedrich-Str. 164.

Verkäufe

Tapeten. Stillat, Koloniestraße 9.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Totalausverkauf nur noch einige Tage. Anzüge, Paletots, Hosen besonders billig, da geräumt werden muß. Breitmann, Brunnenstraße 25.

Wenig getragene Jackettanzüge, prachtvolle Kammgarnanzüge, Smokinganzüge, Bauchanzüge, Paletots, alles zu Spottpreisen. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203—204 (Ecke Rosenthaler Straße). Keine Lombardware.

Wenig getragene Herrengarderobe kaufen Sie gut und billig, auch neue Garderobe, Ersatz für Maß, im Leihhaus Lewicki, Weinmeisterstraße 105, eine Treppe. Keine Lombardware.

Linoleumtrust schwenkt ein.

Preissenkung von 6 bis 7½ Proz. – Ein Erfolg der öffentlichen Kritik.

Am 20. August wurden im Reichswirtschaftsministerium Verhandlungen mit der Linoleumindustrie abgeschlossen, deren Ergebnis eine Senkung der Linoleumpreise ab 1. September 1930 auf den Stand vom Herbst 1929 ist, ferner die Entlassung aller Wiederverkäufer aus der Verpflichtung (Revers), nur zu den von der Linoleumindustrie vorgeschriebenen Preisen zu verkaufen.

Die Linoleum-Industrie vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß die Gestehungskosten eine Senkung der Preise nicht erlauben. Der Preissenkungsbeschluß sei im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium gefaßt, um zur Linderung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit beizutragen. Auch der Aufhebung der Preisbindung für die Händler hat die Linoleum-Industrie grundsätzlich widersprochen; sie glaubte nur, den Einwendungen und der Zielsetzung des Reichswirtschaftsministeriums nicht entgegentreten zu können.

In einer Sondererklärung der Deutschen Linoleum-Werke A.-G. (Linoleum-Trust) wird auf die Freiwilligkeit der Vereinbarung hingewiesen und die Hoffnung ausgesprochen, daß nach der Preissenkung Linoleum nun in größtem Umfang verwendet wird. Die Mitteilung der Reichspost sei unrichtig, daß Linoleum aus dem Beschaffungsprogramm ausgeschaltet werden sollte; sie sei gemacht worden in einem Augenblick, als der günstige Abschluß der Verhandlungen im Ministerium unmittelbar bevorstand. Das Reichswirtschaftsministerium werde sich dafür einsetzen, daß die Verwendung von Linoleum durch die behördlichen Beschaffungsstellen ohne Einschränkung erfolgt.

Nach unserer Kenntnis wird die Preissenkung für die Linoleumprodukte 6 bis 7½ Proz. betragen. Es ist bedauerlich, daß es nicht mehr ist. Ueber die sehr hohen ausgewiesenen Gewinne hinaus betreibt der Linoleumtrust in stärkstem Maße die Selbstfinanzierung und bezahlt auch seine Expansion zum größten Teil aus laufenden Gewinnen. Da für ihn eine günstige Lage der Bauwirtschaft alles bedeutet, hätte er selbst das stärkste Interesse daran gehabt, von sich aus mit allem Nachdruck die Preise zu senken. Wesentlich ist, daß diese Preissenkung ohne jegliche Verbindung mit der Lohnfrage erfolgt. Wenn auch der Lohnanteil in der Linoleum-Industrie gering ist, so ist die Beiseitelassung der Lohnfrage doch als erfreulicher Beweis beginnender Einsicht zu werten. Hinsichtlich des Ausmaßes der Preissenkung wäre mehr besser gewesen. Auf die Preise vom Herbst 1929 zurückzugehen, heißt die erste Preiserhöhung vom März 1929 noch aufrechterhalten und die eigentlichen Erfolge der seit 1926 durchgeführten Konzentration und Rationalisierung weiterhin der Gesamtwirtschaft vorzuenthalten.

Die Preissenkung ist kein Erfolg, der der Preissenkungsaktion der Reichsregierung selbst zugutezuschreiben wäre. Die Untersuchungen und Verhandlungen sind viele Monate schon gelaufen, sie entsprangen der Initiative des Reichswirtschaftsministeriums allein, und das Nachgeben des Linoleumtrusts erklärt sich in erster Linie aus der scharfen öffentlichen Kritik des Linoleumtrusts und aus der zweifellos sich daraus ergebenden unseres Erachtens als Druckmittel gerechtfertigten Einschränkung der Linoleumverwendung. Wäre nach der Methode der Reichsregierung verfahren worden, so würde der Reichswirtschaftsrat jetzt beauftragt worden sein, eine große Untersuchung über die Linoleum-Industrie durchzuführen, wobei der Erfolg — wie der der ganzen Kartellaktion überhaupt — sehr zweifelhaft gewesen wäre.

Ein sehr wichtiges Ergebnis ist der Einbruch in die Preisbildung für den Handel. Hier ist ebenfalls ohne eigentliche Anwendung der Kartellverordnung — der Linoleumtrust kann ja nur mit erheblichen Einschränkungen unter Kartellgesichtspunkten beurteilt werden — die erste große Bresche in die Preisbindungen des Handels geschlagen worden, was natürlich für die weitere Behandlung ähnlicher Fälle von grundsätzlicher Bedeutung ist. Es ist aber auch die erste Bresche in jene Sabotagefront der zusammengeschlossenen Produzenten und Händler gegen die Preissenkungsaktion überhaupt geschlagen worden, eine Sabotagefront, die sich den Anschein gibt, eine Herabsetzung der Produzentenpreise zu wollen, die aber in Wahrheit jede Preissenkung verhindern soll und, wie wir wissen, auch z. B. schon die vor einigen Wochen angekündigte Privatinitiative zur Senkung der Waschmittelmarkenpreise bewußt im Keime erstickt hat.

Auch die Zementindustrie behauptet, daß die Mitteilungen der Reichspost unrichtig sind. Der Norddeutsche Zement-Verband habe schon früher Preisnachlässe zwischen 5 und 10 Proz. angeboten.

Politik des Stickstoffkartells - CIA.

In Deutschland wäre Platz für 100prozentige Anlagennutzung.

In der vergangenen Woche ist in Paris, wie wir schon meldeten, ein Weltstickstoffsyndikat unter dem Namen Convention de l'Industrie de l'Azote (Stickstoffkonvention), abgekürzt CIA., zustande gekommen. Neben den Preisfestsetzungen bildet die systematische Produktionseinschränkung den Hauptbestandteil der Vereinbarungen. Parallel hierzu wurde in Basel die Internationale Gesellschaft für Stickstoffindustrie A.-G. gegründet, eine hauptsächlich finanziellen Zwecken dienende Unterorganisation des internationalen Syndikats; wahrscheinlich soll diese Untergesellschaft den im Zusammenhang mit den Produktionseinschränkungen geplanten Ausgleichsfonds verwalten.

Wir haben schon früher die Haupttatsachen, die zur Gründung des Syndikats führten, hervorgehoben: gegenüber einer Produktionsfähigkeit von 3 Millionen Tonnen Reinstickstoff betrug die tatsächliche Produktion im Jahre 1929/30 nur etwa 2.17 Millionen Tonnen, der Weltverbrauch sogar nur 1,96 Millionen Tonnen. Infolge der in allen Ländern vergrößerten Stickstoffanlagen zeigte die Ausfuhr der hauptsächlichsten Stickstoffländer eine sinkende Tendenz. Die internationale Krise hat diese Verhältnisse verschärft.

Für Kapitalisten erscheint unter solchen Umständen ein Zusammenschluß, eine systematische Produktionsreduzierung, eine Verminderung der Konkurrenz als geeignete Lösung; gegenüber einem Preissturz von etwa 30 Proz., wie er befürchtet worden war, konnte im allgemeinen der Preisstand auf der bisherigen Höhe gerettet werden. Lediglich für schwefelsauren Ammoniak, dessen Absatz in der letzten Zeit stark rückgängig war, hat das deutsche Syndikat eine nennenswerte Senkung der Preise festgesetzt.

Die endgültigen Stillegungsquoten sind zwar nicht bekannt, dürften aber wohl nicht wesentlich verschieden sein von den Ziffern, die vor einigen Wochen von französischer Seite genannt wurden. Danach sollten in Frankreich die vorhandenen Anlagen zu 90 Proz. ausgenutzt werden, in Deutschland, Belgien und Holland zu 70 Proz., in Polen zu 60 Proz. und in Großbritannien zu 50 Proz. Mögen auch im einzelnen die Sätze etwas anders festgesetzt sein, so entspricht im Durchschnitt eine 60- bis 70prozentige Ausnutzung der Anlagen dem gegenwärtigen Stande des internationalen Bedarfs.

Die deutsche Stickstoffausfuhr, die 1928/29 noch 289 Millionen Mark eingebracht hatte, ist in der Zeit vom 1. Juli 1929 bis 30. Juli 1930 auf 246 Millionen Mark zurückgegangen. Gerade die sich verringernden ausländischen Absatzmöglichkeiten, u. a. auch der stark verschärfte Wettbewerb im Fernen Osten, hat vor und bei den Stickstoffverhandlungen eine große Rolle gespielt. Unsere Tabelle verweist auf eine wesentlich näherliegende Frage, nämlich auf die Möglichkeit, den Stickstoffverbrauch in Deutschland selbst zu heben.

Wie aus der Uebersicht hervorgeht, hat der Stickstoffabsatz an die deutsche Landwirtschaft von 1924/25 bis 1928/29 um etwa 20 Prozent zugenommen. In einigen Gebieten wie in Ostpreußen, Pommern, Oberschlesien lag jedoch die Absatzsteigerung erheblich unter diesem Durchschnitt, in Niederschlesien ist sogar eine absolute Absatzverminderung eingetreten. Wenn wir den Stickstoffverbrauch je Hektar ausrechnen, wie wir das in der fünften Spalte getan haben, so ergibt sich für Deutschland ein höchst ungleichartiger Stand der Stickstoffverwendung. Auf das vorhandene Ackerland bezogen, war die Stickstoffverwendung in mitteldeutschen Gebieten wie Braunschweig, der Provinz Sachsen, dem Freistaat Sachsen, ferner in einigen westdeutschen Gebieten wie Hessen, der Rheinprovinz, Oldenburg usw. um das Drei- bis Fünffache größer als in Ostpreußen. Auch in den kleinbäuerlichen Ländern wie Baden, Württemberg und Thüringen ist der Stickstoffverbrauch noch verhältnismäßig gering, ebenso in Bayern.

	Stickstoffabsatz (Reinstickstoff) in 1000 Tonnen		Landwirtschaftl. benutzte Fläche in 1000 Hektar (1927)		Stickstoffverbrauch (kg je Hektar)
	1924/25	1928/29	Insgesamt	Hiervon Ackerland	
Ostpreußen	13,1	13,9	3 702	1 954	7,1
Berlin	0,4	0,4	88	15	26,7
Brandenburg	28,5	35,8	3 905	1 667	21,5
Pommern	33,8	35,1	3 021	1 603	21,9
Grenzmark	4,8	6,2	773	369	16,8
Niederschlesien	29,1	27,2	2 660	1 386	19,6
Oberschlesien	7,2	7,5	971	553	13,6
Provinz Sachsen	39,4	40,9	2 527	1 477	27,7
Schleswig-Holstein	10,1	14,8	1 507	751	19,7
Hannover	25,8	36,2	3 858	1 250	21,0
Westfalen	13,8	21,3	2 021	805	26,5
Provinz Hessen-Nassau	11,2	13,0	1 676	636	20,4
Rheinprovinz	20,5	31,5	2 451	1 041	30,3
Hohenzollern	0,2	0,2	114	49	4,1
Bayern	23,0	33,9	7 600	2 784	12,2
Sachsen	16,8	19,8	1 496	767	25,8
Württemberg	7,1	10,9	1 948	738	14,8
Baden	4,9	7 4	1 507	528	14,0
Thüringen	7,7	8,7	1 176	536	16,2
Hessen	6,1	9,2	770	352	26,1
Hamburg	0,3	0,4	42	13	30,8
Mecklenburg-Schwerin	14,0	15,4	1 306	699	22,0
Oldenburg	2,8	5,3	642	180	29,4
Braunschweig	6,1	6,6	365	175	37,5
Anhalt	3,2	3,3	231	132	25,0
Bremen	0,1	0,1	26	3	33,3
Lippe	1,2	1,8	122	58	31,0
Lübeck	0,1	0,3	30	14	21,4
Mecklenburg-Strelitz	2,1	2,4	293	131	18,3
Schaumburg-Lippe	0,3	0,5	34	15	33,3
Deutsches Reich	334,1	409,9	46 859	20 681	19,8

Wie aus unseren Ziffern hervorgeht, ist, ohne daß man sich auf die Lieferungen nach Niederländisch-Indien und Japan zu verlassen braucht, in Deutschland selbst so viel Absatzmöglichkeit vorhanden, daß die Stickstoffanlagen zu 100 Proz. statt zu 70 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden könnten.

Der geplante internationale Ausgleichsfonds für Produktionsstillegungen soll bis auf 60 Millionen Mark gebracht werden. Die deutsche Stickstoffindustrie, als größte Produktionsgruppe der Welt, wird an der Aufbringung dieser Summe in hohem Maße beteiligt sein. Im Interesse der deutschen Wirtschaft, auch im Interesse der von agrarischer Seite so stark gewünschten Verminderung der ausländischen Agrareinfuhr, wäre es verständlicher, wenn statt dessen in Deutschland selbst dieselben Mittel dazu benutzt würden, um einen Fonds zur vermehrten Stickstoffversorgung der bisher tief unter dem Durchschnitt belieferten Gebiete zu schaffen.

98 Proz. Mietpreissteigerung gegenüber 1914 in der Schweiz. Die statistischen Erhebungen des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, die die Mietpreise in 33 Gemeinden verfolgen, haben ergeben, daß die Mietpreisverteuerung im Durchschnitt der Großstädte 98 Proz. gegenüber Frühjahr 1914 beträgt.

Trotz Krise aufwärts!

Die Konsumvereine im 2. Quartal 1930.

Der Bericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für das zweite Vierteljahr 1930 umfaßt 574 angeschlossene Genossenschaften gegenüber 588 Genossenschaften Ende 1929. Die Verschmelzungsarbeit unter den Konsumgenossenschaften schreitet also schnell vorwärts. Ueber die Mitgliederbewegung und den Warenumsatz informiert folgende Zusammenstellung:

	1928	1929	1930
	(jedes Mal für das zweite Vierteljahr)		
Mitgliederzahl	2 783 642	2 815 280	2 905 580
Umsatz der Vereine in Millionen Mark	264	287	291
Umsatz der GEG in Millionen Mark	97	107	114
GEG-Umsatz im Verhältnis des Vereinsumsatzes	36,70%	37,21%	38,96%
Umsatz der GEG-Betriebe in Millionen Mark	23,1	25,9	31,9
Verhältnis z. Vereinsumsatz	8,79%	9,04%	10,98%
Verhältnis zum GEG-Umsatz	23,95%	24,30%	28,18%

Bei Betrachtung der Mitgliederbewegung muß man berücksichtigen, daß die Genossenschaften schonungslos die sogenannten Papiersoldaten gestrichen haben. Die Rücklagen aller Art erhöhten sich von 61,9 Millionen M. Ende März 1930 auf 63,2 Millionen M. Ende Juni 1930. Das Verhältnis der Rücklagen zum Umsatz zeigt weiter eine günstige Entwicklung. Es stellt sich für Ende März 1930 auf 21,55 Proz. und für Ende Juni 1930 auf 21,70 Proz. Die Warenschulden haben stark abgenommen, was auf bilanztechnische Maßnahmen gegen Jahresschluß — der Monat Juni ist der letzte Monat des Geschäftsjahres — zurückzuführen ist. Sie betrugen Ende Dezember 1929 = 63 Millionen M. Bis Ende März 1930 sanken sie auf 53 Millionen M. Ende Juni erreichten sie mit 44 Millionen M. ihren tiefsten Stand. Die Spareinlagen werden mit 400,996 Millionen M. angegeben gegen 341,519 Millionen M. Ende Juni 1929 und 253,928 Millionen M. Ende Juni 1928.

Der Geschäftsrückgang im Einzelhandel.

Im 1. Halbjahr um 8 Prozent.

Nach einer künftig halbjährlich zu wiederholenden Veröffentlichung der Forschungsstelle für den Handel „Der Einzelhandel im ersten Halbjahr 1930" sind die Umsätze im Einzelhandel mit Textilwaren, Bekleidung, Schuhen, Drogen und Hausrat (ausschließlich Möbel) in stetigem Absinken insgesamt um 8 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zurückgegangen, wobei auch ein Sinken der Umsatzmengen festzustellen ist. Am weitesten blieb der Umsatz mit Posamentierwaren, Wäsche, Schuhen und Eisenwaren zurück.

Es gibt zu denken, daß die Einheitspreisgeschäfte ihren Umsatz sogar um 15 Proz. steigern konnten. Der Umsatz der Warenhäuser sank um 3 Proz., der der Konsumvereine um 5 Prozent. Die Wareneingänge zeigen eine Verringerung um insgesamt 10 Prozent, ein Viertel mehr als der Umsatzrückgang. Die Tendenz zum Lagerabbau ist deutlich, deren Fortwirken erwartet wird. In diesem Falle würde eine Konsumbelebung sich schneller auf die Produktion auswirken.

Eine Steigerung des prozentualen Anteils der Kosten am Umsatz konnte nur von den Textilkaufhäusern vermieden werden.

Auftragsmangel oder Rückständigkeit?

Zur Lage der deutschen Landmaschinenindustrie.

Die Lage der deutschen Landmaschinenindustrie war im letzten Jahr nicht rosig; durch das ungünstige Erntewetter dieses Jahres hat sie sich noch um einiges verschlechtert. Die Vereinigten Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen vorm. Epple u. Buxbaum A.-G. in Augsburg meldete dieser Tage einen Verlustabschluß, dem eine Reihe von Verlusten bei anderen Gesellschaften vorangegangen war. Daß der Inlandsabsatz von landwirtschaftlichen Maschinen gegenüber 1928/29 zurückgegangen ist, geht am deutlichsten aus der Umsatzminderung bei der Traktorbank hervor, über die wir kürzlich berichtet haben.

Neuerdings werden nun Stimmen laut — und sie fanden bei maßgebenden Vertretern der Landwirtschaft ohne weiteres Anklang —, die die Landbevölkerung zur Sanierung der Maschinenindustrie heranziehen wollen. Der Landwirt soll Maschinen für die Bodenbearbeitung kaufen, und zwar gleich; aber deutsche Maschinen müssen es sein. So billig und allgemein wird man die Absatzpropaganda nicht führen dürfen. Der Landwirt braucht eine Vorführung der neuesten und praktischsten Spezialgeräte für die Bodenbearbeitung. Aber die Industrie hat ihre Beteiligung an Ausstellungen in diesem Jahre auf die Veranstaltung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft beschränkt, die noch ausgerechnet im Rheinland stattfand, das ohnehin mit Landmaschinen stärker und besser versehen ist als irgendeine andere Gegend Deutschlands. Auf eine Beteiligung an der Königsberger Ostmesse wurde dagegen völlig verzichtet. Dabei ist und bleibt der Osten für den Landmaschinenabsatz das aufnahmefähigste Gebiet. Dazu kommt das rechtzeitig bekanntgewordene Interesse der Randstaaten für die Ostmesse.

Die deutsche Landmaschinenindustrie kümmert das anscheinend wenig. Sie überläßt russische Bestellungen den Amerikanern und die Werbung auf der Ostmesse dem Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, das in Königsberg eine von den Messebesuchern viel beachtete Mustermreparaturwerkstätte für landwirtschaftliche Maschinen aufgestellt hat. Der Auftragsmangel der Landmaschinenindustrie erklärt sich also auch teilweise aus ihrer Rückständigkeit.

Die Reichsbahn im Juli.

Der Güterverkehr der Reichsbahn ist im Juli gegenüber Juni um weitere 4 Proz. gesunken und blieb gegenüber dem Juli vorigen Jahres um 18 Proz. zurück. Trotz des lebhaften Ferienverkehrs blieb auch der Personenverkehr hinter dem Juni, zum Teil auch hinter dem Juli vorigen Jahres zurück. Im Monat Juni betrugen die Einnahmen insgesamt 400,9 Millionen Mark, die Ausgaben — darunter 70,1 Millionen für Erneuerungen — beliefen sich auf 428,8 Millionen. Im Juni wurden insgesamt 702 052 gegen 703 265 Personen im Mai beschäftigt.

Uhrmacher und Hofjunker

Von Reinhold Müller

Kriegszeiten sind Zeiten der Not. Kein Gewerbe blüht, es sei denn das der Wucherer und Schieber. Es gedeiht kein Handwerk als das Morden und Brennen. Offizier und Soldat geben den Ton an in Dorf und Stadt, und Bürger, Bauer, Arbeiter dürfen schuften und zahlen, zahlen und schuften für den Krieg, den die hohen Herren führen.

Es war im Mai des Jahres 1640. Selbst die Blüten des Frühlings deckten Oede nicht und Verfall, die in Berlin sich eingenistet hatten. Der Krieg der Kaiserlichen und Schweden zog eine dunkle Spur durch diese Stadt. Häuser verfielen, und Gärten lagen wüst. Die Menschen schlichen scheu und bedrückt durch das Dasein; nur wer das Kleid des Soldaten trug, lebte vergnügt und frech in den Tag.

Da saß in seiner kleinen Werkstatt der Meister Hans Jakob Fischel. Er war von Augsburg in die Residenz gezogen, um hier mit der in seiner Heimat so üppig blühenden Kunst des Uhrenmachens sich Brot und Auskommen zu erwerben. Aber der Krieg tobte im Lande, und die Zeiten waren schlecht. Auch Hans Jakob hatte ruhige Tage. Wenn die Menschen nur das Nötigste zum Leben haben, hungern zuerst die Künste. Darum freute sich der Meister, als eines Tages ein kurfürstlicher Offizier, der Hofjunker von Halle, in seinen stillen Laden trat. Zwar war der da vor ihm, dieser Edelmann im reichen Kleide, in der Stadt als ein Raufbold verschrien, der lieber mit Prügeln als mit Geld dem ehrsamen Bürger für die bestellte Ware bezahlte. Aber er brachte einen Auftrag: Er begehrte eine Uhr, wie sie so mancher Vornehme jetzt besaß: von reinem Silber und in der Tasche zu tragen, mit einem Schlagwerk, das jede Stunde des Tages kündete. Als Gegenleistung bot er eine alte, kleine Uhr, zwar gleichfalls von reinem Silber, aber mit verbrauchten Rädern und Federn. Doch erst als er noch vierzehn Taler für das neue Werk zu zahlen versprach, war es der Meister zufrieden. Noch gleichen Tages machte er sich an die Arbeit, und bald schon lag in feingearbeitetem Gehäuse die fertige Uhr vor ihm. Er ließ den Junker wissen, daß er jetzt die ausbedungenen vierzehn Taler bringen und das Kunstwerk in Empfang nehmen könne. Aber der Adlige dachte gar nicht daran, die einmal getroffenen Abmachungen mit dem Bürger zu halten; er wollte, ohne zu zahlen, in den Besitz der Kostbarkeit gelangen. So schickte er seinen Bedienten in die Werkstatt; der sollte die Uhr holen und sagen, daß der Herr das Geld selber bringen werde. Doch der Meister durchschaute den plumpen Betrug und war auf seiner Hut. Nur dem Herrn selbst könne er solch Kunstwerk übergeben, erwiderte er. Der Junker schäumte wegen dieses Bescheides und beschloß, nun eben mit Gewalt zu seinem Ziele zu gelangen. Wie zufällig ging er an der Werkstatt vorbei, trat ein, als er Fischel über seinen Geräten erblickte und bat ihn, da er das Geld nicht bei sich habe, doch mitsamt der Uhr in seine Wohnung zu kommen. Dort sollte das Geschäft erledigt werden. Der Uhrmacher ahnte nichts Gutes. Da er sich indes nicht weigern konnte, schloß er sorgfältig das Werk in ein Kästchen, verwahrte es wohl bei sich und folgte dem Offizier. In seinem Haus versuchte der noch einmal, den Handwerker mit List zu einem Vergleich zu überreden: Der säumige Rat der Stadt zahle den Offizieren nicht Quartier- und Kontributionsgelder; er habe daher nur 8 Taler zur Hand; der Meister möge sich mit diesem Gelde begnügen und die Uhr hergeben. Nun wußte der Meister, woran er war, und lehnte das Ansinnen des vornehmen Herrn ab. Man redete ein Weilchen hin und her; der Offizier in hochfahrenden Worten über die Anmaßung des Bürgerpacks; der einfache Handwerker mit ruhigem Respekt vor dem Adeligen. Doch plötzlich geriet der Junker in Zorn. Er zog seinen Degen und unter wilden Schmähreden drang dieser auf den Meister ein. Jetzt erst, wie es um Leib und Leben ging, verlor dieser die Achtung vor dem hochgeborenen Herrn. Er fiel dem Tobenden in den Arm, entwand ihm den Degen und warf ihn zerbrochen in eine Ecke des Zimmers. Kaum aber, daß er der Todesgefahr entronnen war, siegte wieder die Bescheidenheit, die der einfache Bürger dem vornehmen Junker entgegenbringen mußte. Denn als der über den Verlust seiner Waffe Rasende jetzt mit Fäusten auf ihn eindrang und ihm die Kleider vom Leibe reißen wollte, um in den Besitz der Uhr zu gelangen, ertrug der Meister diese Mißhandlung fast ohne Gegenwehr und suchte die erste Gelegenheit, aus der Wohnung des Wüterichs zu entkommen. Der Junker schrie, daß auch der beste Bürger nicht mehr wert sei als tüchtige Prügel und hetzte seinen Bedienten mit einem dicken Knüppel dem Fliehenden nach. Der mißhandelte ihn so furchtbar, daß der Meister nur mit Mühe die Werkstatt erreichte.

Dort angelegt, freute Fischel sich seines geretteten Kunstwerks, bedachte aber, daß bei allem Respekt vor hoher Geburt Degen und Stock denn doch eine zu ungerechte Bezahlung für geleistete Arbeit seien. Er war ein ehrsamer Bürger, hatte den Eid geschworen und pünktlich seine schweren Steuern und Abgaben entrichtet. So forderte er auch für diese Leistung die Gegenleistung. Er trug der hohen Obrigkeit den Fall vor und verlangte von ihr den zugesagten Schutz. Der Rat aber jammerte. Zwar hatte dieser adelige Raufbold schon kurz zuvor auch einen Schneider ganz ähnlich für geliefertes Gewand bezahlt. Auch andere Bürger, ja selbst das ehrwürdige Oberhaupt der Stadt, Joachim Tiefenbach, waren von Junkern und Offizieren schmählich behandelt worden. Was aber war zu tun? Diese hohen Herren standen in besonderer Gunst des Kurfürsten, der schwach an Willen und krank am Körper weit weg in Ostpreußen, in Königsberg weilte und ihnen die Zügel schießen ließ. Trotzdem ging ein flehentliches Gesuch an den Herrscher ab. Nach Versicherung tiefster Ergebenheit und im Vertrauen auf die hohe Gerechtigkeit forderte der Rat eine scharfe Verordnung gegen den Unfug der Adligen, damit endlich die schwergeprüfte Bürgerschaft ihre Ruhe vor deren wilden Treiben fände. Der Junker von Halle aber — hieß es weiter in dem Brief — der dem Uhrmacher so schwer mitgespielt hatte, sollte solche exemplarische Strafe erleiden, „daß menniglich einen Spiegel daran haben möchte".

Wie aber mußte solch Spiegel nach Ansicht des Kurfürsten aussehen? Er merkte, daß er etwas zum Schutze seiner Residenz tun müßte und beschloß zu handeln. Einem seiner Räte gab er den Auftrag, zum Junker zu gehen und ihm vorzustellen, ob nicht solch Unfug wohl besser zu unterlassen sei!

Der Uhrmacher aber, als er das hörte, dachte nach. Wenn die adligen Herren mit Willkür und Gewalt den friedlichen Bürger ungestraft um die Früchte seiner Arbeit betrügen dürfen — wie will Gesetz und Recht dann die behandeln, die aus Not und um den Hunger ihrer Kinder zu stillen, sich die Früchte des Feldes, die Beeren im Walde aneignen? Er grübelte und grübelte und fand keine Antwort; und wenn er nicht gestorben ist, so grübelt er darüber noch heute.

Orli: Der Geschichtslehrer

„Knoll" wird er genannt. Er ist klein, rundlich wie ein Wurzelmännchen und hat eine breite, dicke Erdbeernase. Man sieht ihn stets mit einem Schwalbenschwanz und einem reichlich hohen Stehkragen, der sich tief in seine Wamme eingräbt und ihm beim Sprechen sehr hinderlich ist.

Knoll betont immer wieder, unpolitisch zu sein; aber er verlange, daß die Schüler nicht auf Schlagworte der modernen Literatur hören, sondern ihren realpolitischen Sinn bewahren. Keine internationale Gefühlsduselei soll in ihnen wohnen, sondern das Nationalbewußtsein, der nationale Glaube.

Wenn Knoll von der Gefühlsduselei spricht, erhebt er seine Stimme, und sie wird schneidend scharf wie — sein Kragen. Und von nationalem Glauben und Vaterlandsliebe kommt er dann auf die Gemeinheiten der Feinde zu sprechen: „Seht einmal, wie gehässig die Engländer waren. Da hat man abgehackte Hände photographiert, und darunter stand in fetten Buchstaben: So verstümmeln die deutschen Barbaren unsere Kinder. Die Frechheit der Franzosen war sogar noch unverschämter. Als wir nämlich nichts mehr zu essen hatten, schrien diese Schurken in die Welt, die Deutschen fräßen ihre Leichen auf!" Hier wird er von einem Schüler unterbrochen: „Es war ja wirklich vieles schlimm, Herr Doktor, ebensoviel beruht aber auch auf Irrtum. Wir hatten im Kriege Kadaverververtungsanstalten. Da aber le cadavre der Leichnam heißt, nahmen die Franzosen an . . ." „Eine Lüge ist das," schreit Knoll, „eine ganz infame Lüge! Wir Deutsche, wir sollen uns alles nachsagen lassen? Warum seid ihr denn so pflaumenweich? Wozu sind wir denn da?" Dann wird er wieder ruhiger, setzt sich, faltet die Hände auf seinem Bäuchlein und kneift listig die Augen zusammen: „Es gibt ja heute noch Franzosen, die uns nur als Schweine bezeichnen." „Es gibt auch genug Deutsche, die so von den Franzosen sprechen," meint jemand. „Ja und mit Recht!" brüllt Knoll und schlägt mit der Faust auf den Tisch, daß es dröhnt.

Die Jungen lachen, doch ein paar schütteln ernst die Köpfe.

Die nächste Stunde bringt eine interessante Auseinandersetzung über den „sittlichen Wert des Krieges". Als der Lehrer das Thema bekanntgibt, ist die Klasse so ruhig, daß man eine Stecknadel fallen hören könnte, und schon fängt der kleine Herr an, die Jugend sei von Schlagworten durchdrungen, aber denken könne sie nicht. Doch die Debatte wird bald recht rege. Man hört die verschiedensten Ansichten. Karl meint, in manchen Fällen sei der Krieg durchaus berechtigt: „Als wir den Young-Plan unterzeichneten, machten wir zwei Generationen zu Sklaven. Hier wäre es zum Beispiel besser, einen Krieg zu führen und vier Millionen Menschen aufs Spiel zu setzen, als zweimal sechzig Millionen unterdrücken zu lassen." Diesem großen Geist erwidert Paul, daß die Sache mit dem Young-Plan ein Spezialfall sei, und er glaubt, daß heute nicht soviel über das Kriegsrecht geredet werden würde, wenn wir aus dem letzten Kriege als Sieger hervorgegangen wären.

Fritz hat sich bis jetzt noch gar nicht an der Unterhaltung beteiligt, obwohl er sonst ein eifriger Mitarbeiter ist, und Knoll, der schon wieder triumphiert, ruft ihn auf: „Nun, was sagen Sie zum Thema?" „Ich denke, daß der Krieg durch tierische Triebe hervorgerufen wird, die sich langsam legen werden, wie sie sich beim Rädern, Steinigen und Verbrennen, dem Strafvollzug des Mittelalters, schon gelegt haben." Die ganze Klasse grinst, denn nun weiß man schon die Antwort, die Knoll jedesmal, wenn Fritz spricht, hervorbringt: „Psychologisch ist das richtig gesprochen, aber . . ." Und tatsächlich fängt der Herr Studienrat wieder so an. Es sei schon richtig, aber bei vielen Menschen würden diese Triebe nicht abreagiert. Hierauf antwortet Fritz ganz ruhig, solche Leute müsse man in eine Besserungsanstalt stecken. „Ja, man hat doch aber schon so oft gehört, daß es in solchen Anstalten häufig zu großen Tumulten gekommen ist — ein sicherer Beweis, daß auch dort die Triebe nicht immer abreagiert werden," ruft Erich dazwischen, worauf Fritz sehr scharf entgegnet, daß die Leute dort unter der Knute ständen und nicht — wie es sich gehöre — Psychologen anvertraut seien. Er ist überhaupt in sehr gereizter Stimmung und erklärt verächtlich: „Na, und dann kommt zum brutalen Trieb noch der Egoismus hinzu." Jochen redet ein tolles Zeug zusammen. Er spricht von Tapferkeit, Heldentum, nationalem Ehrgeiz und Gefühl und den ganzen Sachen, mit denen Herr Hugenberg aufzuwarten pflegt. Heinz erzählt eine kleine Anekdote über den Flieger Richthofen, aus der man ersehen soll, daß der Krieg den Edelmut stärkt. Fritz glüht vor Aufregung. „Wir haben doch gelernt, daß die Feinde die deutsche Flotte am fünften Juli neunzehnhundertvierzehn nicht angreifen konnten, weil sonst das Unrecht aller Welt sichtbar gewesen wäre?" fragt er hastig. „na, und was wäre geschehen, wenn der Kaiser weder den drohenden Kriegszustand verkündet noch mobilgemacht hätte?" „Aber das ist doch Unfug!" poltert Knoll. „oder glauben Sie, der Kaiser hätte zugesehen, wie ihm die Feinde langsam auf den Pelz rücken?" „Das hätten sie vor den Augen der Welt dann nicht gewagt," meint Fritz. Dann wird er scheinbar ganz ruhig, seine Augen leuchten und man merkt, daß ihm ein guter Gedanke gekommen ist. „Und dann möchte ich noch eine Frage stellen," sagt er langsam und jedes Wort schwer betonend, „wie stellt sich denn die Religion mit dem fünften Gebot zum Kriege?" Nun versucht Knoll zu erklären, daß Luther die Stelle falsch übersetzt hätte. Sie müßte heißen: Du sollst nicht morden. Das Töten fürs Vaterland sei aber kein Morden — und so weiter. Fritz antwortet ihm überlegen, Luther sei nicht nur Uebersetzer, sondern auch Reformator gewesen. . .

Leider wird die Debatte durch das Klingeln unterbrochen. Obwohl Knoll in der nächsten Stunde wiederholt gebeten wird, sie wieder aufzunehmen, wird das Thema nicht weiter behandelt.

In der Pause meint Fritz siegesbewußt: „Der Wind ist ihm doch zu scharf um die Nase gegangen."

Zweihundert Schuß pro Sekunde . . .

Sensation unseres heutigen technischen Zeitalters: Ein Däne hat ein Maschinengewehr erfunden, das pro Lauf 2 Schuß je Sekunde abgibt. Ein Apparat hat 100 Läufe. Zufuhr der Munition geschieht am Band, wie üblich, und die Magazine für die Geschosse sind ungeheure Lager, die bis zu 100 Meter entfernt vom MG. stehen können. Ein Mann kann dieses Ungeheuer bedienen! Die Konstruktion geht von dem Gedanken aus, daß der entscheidende Akt stets der Sturm der Infanterie ist und daß ein Mittel, solche Stürme absolut zu verhindern, unschätzbaren Wert haben muß. England verhandelt mit dem Erfinder . . .

17 km hoch in die Luft

Eine Reise von 17 Kilometer Entfernung scheint nicht viel. Wenn diese Distanz aber lotrecht in die Höhe geht, so ist die Reise eine höchst schwierige Expedition, bei der es um Leben und Tod geht. In 17 Kilometer Höhe ist der Luftdruck rund 100 statt 760 Millimeter und daher kann man seinen Körper nicht der freien Luft aussetzen. Man würde zerfließen und verdunsten. Wasser kocht dort schon bei 50 Grad und jeder menschliche Atemzug bringt nur etwa ein Sechstel der zum Atmen nötigen Menge Sauerstoff ein, so daß in dieser Höhe niemand „frei" existieren kann. Der Schweizer Picard, der demnächst in Augsburg mit einem Ballon diese Reise von 17 Kilometer lotrecht unternehmen will, beabsichtigt sich dabei in eine Kugel einzuschließen, die geeignete Fenster und sonstige Einrichtungen besitzt. Es liegt bei diesen Experimenten in die Höhe das gleiche wie bei den Tauchversuchen in große Tiefen der Meere vor; der Beobachter muß sich vollständig von den extremen Drucken der Außenwelt abschließen.

Picards Aluminiumkabine wird den nötigen Sauerstoff für ein mehrstündiges Verweilen in 17 Kilometer Höhe für zwei Beobachter mit sich führen. Temperatur und Druck, Feuchtigkeit und Strahlung, Luftzusammensetzung usw. werden gemessen. Picard glaubt, daß er in 1½ Stunden die 17 Kilometer erreichen wird, was einer Steigung von fast 190 Meter pro Minute ausmacht. Nach den Erfahrungen in amerikanischen Expreßlifts (in Hochhäusern) ist diese Geschwindigkeit viel zu groß. Ein Bergsteiger kann bei raschem Aufstieg unter günstigen Verhältnissen 400 Meter pro Stunde bewältigen, er würde also mehr als 40 Stunden benötigen. Die für Menschen mögliche Aufstiegsgeschwindigkeit wird ohne Schaden nicht über 50 bis höchstens 80 Meter pro Minute gehen können. — Der Ballon wird beim Aufstieg zu 20 Proz. mit Wasserstoffgas gefüllt, er wird besonders leicht gebaut, so daß er schon bei dieser Füllung steigt. Mit zunehmender Höhe sinkt der Außendruck, der Ballon füllt sich mehr und mehr. Da auch die Temperatur sinkt, steigt die Raumerfüllung nicht im gleichen Maße wie der Druck. Erster Aufstieg voraussichtlich Ende August.

Das „Metermaß" des Himmels

Die von der Wissenschaft bisher angenommene Schätzung der Entfernung der Erde von der Sonne ist vor etwa 20 Jahren mit einer Zahl von gegen 149 Millionen Kilometer aufgestellt worden, aber es ist ziemlich sicher, daß dieser Wert nicht genau ist, sondern wahrscheinlich um 150 000 Kilometer abweicht. Da nun die Entfernung der Erde von der Sonne die Einheit für alle kosmischen Messungen darstellt, sozusagen das Metermaß des Astronomen ist, so bedeutet diese ungenaue Zahl eine Fehlerquelle, die sich in den Angaben für die Entfernungen aller Planeten ausdrückt, und wenn die Sterne sehr viel weiter entfernt sind, dann bedeutet dieser verhältnismäßig kleine Irrtum ein Abweichen um viele Millionen Meilen. Wenn es nun möglich wäre, die Entfernung eines einzigen Planeten unseres Sonnensystems ganz genau zu bestimmen, dann würden sich die wirklichen Entfernungen der anderen durch eine verhältnismäßig einfache Berechnung feststellen lassen, ebenso wie die der Sonne und der kleineren Planeten, der sogenannten Planetoiden.

Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt es eine außerordentliche Bedeutung, daß der Planetoid Eros in wenigen Monaten der Erde so nahe kommt, daß es möglich sein dürfte, die Entfernung ganz genau zu bestimmen. Dieser Eros, der 1898 von Witt auf der Berliner Urania-Sternwarte entdeckt wurde und unter den Planetoiden die Nummer 433 erhielt, ist für uns von besonderer Wichtigkeit, weil er der Erde näher zu kommen vermag als jeder andere Planet. Diese größte Annäherung des Eros an unseren Stern wird nun im nächsten Januar stattfinden, und einige Zeit vorher und nachher werden die Astronomen der ganzen Welt eifrig damit beschäftigt sein, den Planetoiden und die Fixsterne zu photographieren, durch die er sich bewegen wird. Während der letzten zwei Jahre sind die Oerter der Sterne, die sich bei der Annäherung an die Erde nahe beim Eros befinden, bereits sorgfältig bestimmt worden, und sie werden als Beziehungspunkte dienen, um die Entfernung des Planeten zu messen. Tausende von Photographien werden angefertigt, und diese werden dann von einer internationalen Kommission geprüft werden, die zu diesem Zweck unter dem Vorsitz des Astronomen der Sternwarte von Kapstadt, Dr. Spencer Jones, gebildet ist. Die Arbeit, die Photographien zu messen und sämtliche Angaben für die endgültige Berechnung zu erlangen, wird mehrere Monate in Anspruch nehmen, aber wenn sie beendet ist, dann wird man zweifellos die Entfernung der Sonne von der Erde und die aller Planeten und näheren Sterne mit viel größerer Genauigkeit berechnen können, als es bisher der Fall war.

Vernichtungskrieg gegen Fliegen

Die italienische Regierung hat vor einem Jahre den Kampf gegen die Hausfliege aufgenommen und zu ihrer Vernichtung ein Gesetz erlassen, das auf dem von dem verstorbenen Entomologen Prof. Antonio Berlese empfohlenen Verfahren beruhte. Aber die fortgesetzte und sehr lebendige Anwesenheit dieser lästigen Insekten beweist, daß die Maßnahmen bisher nicht mit der genügenden Energie gehandhabt worden sind, und so ist denn jetzt ein neuer Runderlaß der Regierung erschienen, der allen Präfekten des Reiches das Gesetz in Erinnerung bringt und eine entschiedenere Befolgung fordert. Das Verfahren Berleses beruht auf der nicht allgemein bekannten Tatsache, daß Fliegen ihre Eier nur in Stoffe legen, die in Verwesung übergegangen sind; wenn die Eier sich zu Larven entwickeln sollen, dann muß ihr Brutplatz wenigstens 14 Tage ungestört bleiben. Es ist daher nicht notwendig, die Fliegen in den Häusern anzugreifen, sondern man muß sein Augenmerk auf die Abfallhaufen und auf alle Stellen richten, an denen sich Unrat befindet. Mit Beginn des Frühlings sollen die Müllhaufen regelmäßig mit einer Mischung aus Melasse und Wasser besprengt werden, der eine Arseniklösung beigefügt ist. Die Fliegen, die um die Abfälle herumschwärmen, um ihre Eier hineinzulegen, werden von dem Geruch und dem süßen Geschmack der Mischung angezogen; sie nähren sich reichlich und sterben innerhalb einer Stunde, ohne ihr Fortpflanzungsgeschäft besorgt zu haben. Zur Vernichtung der Fliegen ist also nur notwendig, den ganzen Sommer hindurch diese Besprengung der Müllhaufen ständig und gründlich durchzuführen.

Berlese, der jetzt gestorben ist, pflegte zu sagen, daß er eine Stadt von der Größe von Florenz mit einem Kostenaufwand von etwa 1500 Mark während eines einzigen Sommers völlig von Fliegen befreien könne. In einzelnen Teilen Italiens hat das Verfahren bereits vorzügliche Ergebnisse gezeitigt. Die Fliegen sind am Lido in Venedig, in einer großen Lungenheilstätte in der Nähe von Mailand, in dem Badeort Montecatini und bei dem Königsschloß von San Rossore in der Nähe von Pisa gänzlich verschwunden. Nun werden in jeder italienischen Gemeinde besondere Trupps angestellt, die die Besprengung der Abfallhaufen und des Unrats in Schlachthäusern, Fleischereien, Ställen usw. regelmäßig durchzuführen haben.